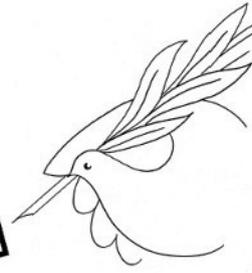


FRIEDENS JOURNAL



Entfesselte Kriege: Gewaltsame Neuordnung Westasiens?



- Völkermord und Völkerrecht
- Eine neue geopolitische Landkarte entsteht – Das Ende Syriens
- Wie die USA und Israel Syrien zerstörten und es Frieden nannten
- Der Umsturz in Syrien und die Folgen
- Der Fall des Westens – beschleunigt durch den Ukrainekrieg
- Dokumentation des 31. bundesweiten Friedensratschlages



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2025/Nr. **1**

Editorial

Inhalt	
Völkermord und Völkerrecht	3
Israel, Netanjahu und der Auschwitz-Gedenktag	5
Eine neue geopolitische Landkarte entsteht – Das Ende Syriens	6
Wie die USA und Israel Syrien zerstörten	8
Der Umsturz in Syrien und seine Folgen	11
Buchbesprechung – Neu Bücher	15
Friedensratschlag: Die Rolle der UNO	17
Friedensratschlag: Globale Entwicklungen, Hochrüstung und Sozialabbau	18
Abschlussklärung Friedensratschlag	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.1.2025

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,
Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil
(V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233d

In eigener Sache

Wir bitten die Leser*Innen um Überweisung eines jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 Euro. Eine entsprechende Zahlkarte liegt in der Ausgabe für Abonnenten bei. Leser*Innen aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

Liebe Leserinnen und Leser,
das neue Jahr 2025 bietet für uns als Friedensbewegung wohl mehr Herausforderungen als je zuvor, denn das alte Jahr endete mit mehreren Zuspitzungen. Im Ukrainekrieg wäre ein Ende aufgrund der militärischen Situation absehbar, wenn nicht seitens von NATO-Mitgliedern kräftig an der Eskalationsschraube gedreht würde.

Die irrsinnig gewordenen Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine spielen schließlich auch im Bundestagswahlkampf eine wesentliche Rolle. Zur Ukraine sollen schließlich weiterhin Milliardenbeträge für Waffen und Munition fließen, während in Deutschland angeblich Haushaltsgelder in allen sonstigen Bereichen fehlen. Es ist deshalb unsere Aufgabe, bei Wahlkampfveranstaltungen präsent zu sein mit der Forderung "Frieden wählen!"

Dazu gehört auch der zu intensivierende Widerstand gegen die geplante US-Raketenstationierung auf Basis des Berliner Appells.

Neben den Entwicklungen in Europa gibt es aber durch den Umsturz in Syrien eine massive Ausweitung der bisher ohnehin bereits explosiven Situation. Noch sind manche Entwicklungen in der Region Westasien nicht klar absehbar und teilweise spekulativ. Deshalb war es für die Redaktion des Friedens-Journals keine leichte Aufgabe, bereits vorhandene Analysen und Bewertungen zu dem Umsturz in Syrien auszuwählen. Joachim Guilliard hat es übernommen, eine detaillierte Analyse des

Umsturzes mit der Vorgeschichte und den absehbaren Konsequenzen zu erarbeiten. In seinem Fazit verweist er auch auf die innenpolitisch relevanten Themen, die damit verbunden sind.

Vor allem aus der CDU/CSU gibt es bereits Forderungen nach einer „Remigration“ der hier lebenden Syrer wegen des Narrativs der Befreiung Syriens von einem Diktator, während die Realität sich völlig anders darstellt. Zur Erinnerung: Vor einem Jahr ging ein Aufschrei durch die Republik, weil eine solche, gegen alle Migranten zielende Forderung aus dem AfD-Umfeld für dagegen gerichtete Massenproteste instrumentalisiert wurde.

Auch angesichts der Rolle Israels bei dem Umsturz in Syrien werden in diesem Jahr nach wie vor Antisemitismusvorwürfe eine zentrale Rolle spielen. Israels völkermörderische und massiv gegen das Völkerrecht verstößende Politik muss aber angeprangert werden, vor allem wegen der damit verbundenen Doppelmoral in der deutschen Politik. Annette Groth fasst in ihrem Beitrag die aktuellen, internationalen Entwicklungen zur Bewertung der israelischen Kriegsführung in Gaza zusammen.

Wir haben in dieser Ausgabe zwei Beiträge des letzten Friedensratschlages aufgenommen und verweisen auf die bereits weitestgehend umfassende Sammlung auf unserer Homepage.

Karl-Heinz Peil

Friedenspolitisch relevante Termine 2025

Mi. 22. Jan. 4 Jahre nach Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages 2021

Mo. 27. Jan. 80 Jahre Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz (ohne russische Beteiligung an der Gedenkfeier!)

Sa. 15. Feb. Proteste gegen die Sicherheitskonferenz in München

So. 23. Feb. Bundestagswahl

Sa. 29. März Demo in Wiesbaden gegen US-Einsatzzentrale für neue Mittelstreckenwaffen

Fr. 18. bis Mo. 21. April Ostermärsche

Do. 8. Mai 80 Jahre Befreiung vom deutschen Faschismus

So. 22. bis So. 29. Juni 10 Jahre Aktionswoche der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“, u.a. mit Friedenscamp (seit 2015)

Fr. 1. Aug. 50 Jahre Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975

Mi. 6. und Sa. 9. Aug. 80 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Mo. 1. Sept. Antikriegstag

Sa. 8. und 9. Nov. Bundesweiter Friedensratschlag in Kassel

Völkermord und Völkerrecht

von Annette Groth

Am 1. November 2024 veröffentlichten die Leiter von 15 UNO- und privaten Hilfsorganisationen einen Alarmruf:

„Die gesamte palästinensische Bevölkerung in Nordgaza ist akut vom Tod durch Krankheit, Hunger und Gewalt bedroht. Die Lage im Norden Gazas ist apokalyptisch. Die Region ist seit fast einem Monat in einem Belagerungszustand. Der Bevölkerung werden selbst rudimentäre Unterstützung und überlebenswichtige Versorgungsgüter verwehrt, während die Bombardierungen und andere Angriffe anhalten.“^[1]

Wie bereits dutzende Male vorher fordern die Organisationen einen sofortigen Waffenstillstand. Seit Oktober 2023 gibt es zahlreiche Aufrufe zum Waffenstillstand und einem sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen. Bislang ohne Konsequenzen, im Gegenteil, die Waffenlieferungen nach Israel haben aus Deutschland und den USA zugenommen!

Ungerührt verfolgt die israelische Regierung ihre Pläne für Gaza weiter, wie sie General Giora Eiland Anfang Oktober enthüllte. Demzufolge sollen Teile des Gazastreifens abgezaunte Lager werden, bewacht und verwaltet von einer privaten Söldnerfirma, die vom israelischen Geschäftsmann Mordechai Kahana geführte US-Firma Global Delivery Company (GDC).

„Die Verteilung von Nahrung würde fortan in diesen Lagern stattfinden, zu denen nur Zugang erhält, wer sich von den Söldnern biometrisch erfassen lässt – einschließlich Fingerabdrücken, Gesichtserkennung und Stimmproben. Finanziert würde das Projekt voraussichtlich aus US-Steuergeldern und internationalen Spenden. Zunächst auf den Norden Gazas begrenzt, solle das Konzept der privaten Internierungslager im Anschluss auf das gesamte Gebiet der Küstenenklave ausgeweitet werden.“^[2]

Wurde UNRWA, die extra für Palästinensische Flüchtlinge 1949 gegründete UN-Organisation in Israel verboten, um den Weg frei zu machen für absolute Kontrolle der Bevölkerung Gazas durch ein Unternehmen? Die Journalistin Noa Landau kommentiert:

„Das Ziel ist, die moralische und rechtliche Verantwortung von Israel auf diese bewaffneten Milizen zu übertragen.“^[3]

Wenn die internationale Gemeinschaft das zuließe, wäre es das endgültige Aus für das humanitäre Völkerrecht. Aber vielleicht wollen die einige Regierungen, um ungestört mit neuen Technologien wie Gesichtserkennung und Stimmproben bei der Kontrolle von Menschen zu experimentieren. Ein weiterer Baustein im „Laboratorium Israel“, in dem seit vielen Jahren neue Waffen und Überwachungstechnologien erprobt und mit gutem Gewinn und dem Label „tested on the ground“ in alle Welt verkauft werden.

Scharfe Kritik an dem UNRWA Verbot äußert Abdel Shafi, Botschafter Palästinas in Österreich und bei den Internationalen Organisationen in Wien:

„Die Abstimmung der israelischen Knesset gegen die UNRWA ist beispiellos und stellt einen gefährlichen Präzedenzfall dar. Diese Entscheidung widerspricht klar der UN-Charta. Dies stellt nicht nur einen Schritt gegen das palästinensische Volk, sondern auch gegen Völkerrecht und die Weltgemeinschaft dar. Eine angemessene Reaktion darauf kann nur der Ausschluss Israels von den Vereinten Nationen sein. Denn ein Staat, der eine UN-Organisation als Terror-Organisation diffamiert und verbietet, sowie den UN-Generalsekretär als Persona non grata bezeichnet und ihm die Einreise verweigert, hat seinen Platz bei den Vereinten Nationen ein für alle Mal verliert.“^[4]

Sanktionen nach historischem Vorbild?

Der Ruf nach Sanktionen gegen Israel nimmt zu und auch die Forderung, israelischen Diplomaten die Akkreditierung bei der UNO zu entziehen, wird zunehmend lauter. 1974 beschloss die UN-Generalversammlung, Südafrika von der Teilnahme an den Sitzungen der Generalversammlung und ihrer Ausschüsse auszuschließen und entzog damit das Recht an Mitbe-

ratung und Abstimmung. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen hat Südafrika damals nicht verloren, aber es war ein starkes politisches Zeichen der internationalen Gemeinschaft gegen die Apartheidpolitik.

Aufgrund der Waffenlieferungen und ihrer unverbrüchlichen Unterstützung der israelischen Regierung steht die Bundesrepublik international am Pranger. Das angebliche Recht auf Selbstverteidigung Israels, das von Baerbock ständig wiederholt wird und als Begründung für die Zerstörung Gazas und der Massaker herhalten muss, ist abwegig und wird durch die Völkermordbelege ad absurdum geführt.

Zu offensichtlich sind die Beweise des willkürlichen und gezielten Tötens von Zivilisten, der Misshandlungen von Tausenden palästinensischen Gefangenen, sexuelle Gewalt, Entzug von Nahrungsmitteln und Verweigerung von humanitärer Hilfe.

Haftbefehle des IStGH

Angesichts der Klage, die Südafrika im Dezember 2023 beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gegen Israel aufgrund des Verdachts des Völkermordes eingereicht hat, warnt die UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, Francesca Albanese, wenn

„... Deutschland beschließt, sich an die Seite eines Staates zu stellen, der internationale Verbrechen begeht, dies eine politische Entscheidung ist, aber auch rechtliche Auswirkungen hat.“^[5]

Nachdem der IStGH im Mai 2024 einen Haftbefehl gegen Netanjahu beantragte, wurde am 21. November 2024 der Haftbefehl gegen Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Joav Galant ausgestellt. Auch gegen drei hochrangige Hamas-Führer wurden Haftbefehle erlassen, allerdings sind zwei von ihnen inzwischen tot und ob der Dritte noch lebt, ist unwahrscheinlich. Alle Mitgliedsstaaten des Strafgerichtshofs sind verpflichtet, Netanjahu und Galant festzunehmen, wenn sie in die Unterzeichnerstaaten des Römischen Sta-



tuts einreisen.

Die Kritik an dem Haftbefehl gegen den israelischen Premier ist heftig und spaltet die internationale Staatengemeinschaft sowie die EU. Die Reaktionen reichen von offenen Beteuerungen, die Haftbefehle zu vollstrecken, bis hin zu abwägenden Antworten und unmissverständlicher Ablehnung. Die Niederlande, Schweiz und Irland haben verkündet, dass sie das Römische Statut umsetzen.

Und die Bundesregierung? Sie prüft und „ringt um den richtigen Umgang“. Geprüft werden soll beispielsweise die Zuständigkeit des IstGH. Nach Auffassung des Berliner Völkerstrafrechtler Florian Jeßberger „gibt [es] für Deutschland gerade nichts zu prüfen“. „Mal abgesehen davon, dass an der Zuständigkeit des IstGH in diesem Fall auf Grundlage der bisherigen Rechtsprechung kein Zweifel besteht“ verweist Jeßberger auf das Gesetz zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Dort heißt es in Paragraph eins:

„Personen, um deren Überstellung der Gerichtshof in Übereinstimmung mit dem Römischen Statut ersucht hat und die sich im Inland aufhalten, werden zur Strafverfolgung und zur Strafvollstreckung nach Maßgabe des Römischen Statuts und dieses Gesetzes überstellt.“^[6]

Eine klare Aussage, an die die Bundesregierung sich halten muss.

Wie weit geht „Deutsche Staatsräson“ zu Israel?

Man kann gespannt auf die weitere Entwicklung sein und zu welchem Schluss die Bundesregierung letztendlich kommt. Es ist aber auch durchaus

möglich, dass die Bundesregierung bis zu den Wahlen im Februar 2025 abwartet. Allerdings kann sie die Aussagen und Appelle, die Haftbefehle zu vollstrecken, wenn sich die Gelegenheit ergibt, nicht ignorieren.

So sagte der israelische Schriftsteller Tomer Dotan Dreyfus am 22. November 2024:

„Wenn die deutsche Regierung ankündigt, internationales Recht zu brechen, ist das nicht noch ein Land, das das macht. Deutschland ist das Land, wegen dem diese Institutionen und diese Gesetze formuliert, geschrieben und unterzeichnet worden sind.“

Mathieu von Rohr, Leiter des SPIEGEL-Auslandsressorts, schrieb am 24. November 2024: „Die Vorstellung, dass es deutsche »Staatsräson« sei, Israels Spitzenpolitiker zu »schützen« – und zwar selbst vor Vorwürfen schwerster völkerrechtlicher Vergehen –, ist ein verhängnisvoller Irrweg.“

Netanyahu wird nicht in Den Haag angeklagt, weil er sein Land verteidigt, wozu er selbstverständlich berechtigt und verpflichtet ist. Er wird angeklagt, weil ihm schwere Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza zur Last gelegt werden, die mit Selbstverteidigung nichts mehr zu tun haben.“

Und der israelische Friedensaktivist Rotem Levin, appellierte flehend:

„Sehr geehrte internationale Gemeinschaft, wir flehen Sie an, sich an das Völkerrecht zu halten und unseren kriminellen Premierminister Netanjahu zu verhaften, falls er in Ihr Land einreist. Zum Wohle der gesamten Menschheit.“^[7]

In einer am 26. November 2024 veröffentlichten Stellungnahme fordern vierundvierzig UN-Berichterstatter und andere Experten „die vollständige Einhaltung“ der Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant und betonen, dass die Haftbefehle dazu beitragen können, „Leben zu retten“.

„Die Entscheidung des IstGH stellt einen historischen Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht dar und

gibt Hoffnung auf ein Ende der jahrzehntelangen Straflosigkeit für die langjährigen schweren Verstöße gegen das Völkerrecht in den besetzten palästinensischen Gebieten. Der langanhaltende Mangel an Rechenschaftspflicht, insbesondere des Staates Israel, hat die zunehmende und unhaltbare Gewalt in der Region begünstigt und das Leben und die Zukunft sowohl von Palästinensern als auch von Israelis beeinträchtigt.“^[8]

Ähnliches steht in einem Bericht von Amnesty International, der sogar in der Tagesschau Erwähnung fand. Laut Amnesty International begeht Israel

„... einen Völkermord gemäß der UN-Völkermordskonvention: So habe Israel absichtlich die Lebensgrundlagen der Menschen in Gaza zerstört. Der Bericht verweist dabei etwa auf die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur.“^[9]

29.11.2024: Historische Bundespressekonferenz

Auf einer außergewöhnlichen Bundespressekonferenz am 29. November 2024 gaben vier Experten, ihre Stellungnahmen zu den Haftbefehlen aufgrund des Verdachts auf Genozid ab. Christine Binzel, Professorin für Wirtschaft und Gesellschaft des Nahen Ostens, Michael Barenboim, Professor an der Barenboim-Said Akademie, Hanna Kienzler vom King's College in London sowie der Völkerrechtler Wolfgang Kaleck vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) analysierten die Völkerrechtsverbrechen Israels in Gaza und die Rolle Deutschlands als „Mittäter“.

In ihrem Eingangsstatement betont Dr. Christine Binzel:

„Die Haftbefehle reihen sich damit ein in die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs im Fall Südafrika gegen Israel, vorläufige Maßnahmen zu erlassen, um einen plausiblen Völkermord in Gaza zu verhindern. Die Haftbefehle reihen sich auch ein in Analysen und Berichte verschiedener Experten, Ärzte, humanitärer Organisationen und Institutionen.“

Bereits am 18.10.2023 warnten etwa 800 Wissenschaftler und Experten für

Völkerrecht, Konfliktforschung und Genozidforschung vor einem Genozid. Zahlreiche UN-Veröffentlichungen, aber auch unzählige Videos israelischer Soldaten, dokumentieren israelische Völkerrechtsverbrechen. [...]

Deutschland ist als Vertragsstaat der UN-Völkermordkonvention und des Römischen Statuts rechtlich, historisch, ethisch, und politisch verpflichtet, die in diesen Verträgen geächteten Völkerrechtsverbrechen weder zu begehen noch zu unterstützen oder zu befördern.

Dieser Verpflichtung kommt Deutschland seit 14 Monaten nicht nach. Deutschland schaute nicht nur zu – die Bundesregierung unterstützt bis heute Israel politisch, finanziell, militärisch und rechtlich.

Deutschland ist zweitgrößter Waffenlieferant nach den USA. Recherchen zeigen, dass deutsche Waffen in Gaza zum Einsatz

kommen. Die Bundesregierung ignorierte die genozidalen Äußerungen von israelischen Regierungsmitgliedern und anderen hochrangigen Beamten, obwohl ihnen unmittelbar Taten folgten. Sie ignorierte auch die vielen Warnungen von Experten“.

Binzel ruft die Bundesregierung auf, „umgehend Maßnahmen“ zu ergreifen,

„die die weitere Vernichtung palästinensischen Lebens durch Israel stoppen. Dazu zählen ein vollständiges Waffenembargo, Sanktionen und die Überprüfung aller diplomatischen, politischen



Screenhot aus Videoaufnahme der Bundespressekonferenz. Quelle: Jung&Naiv

und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel.^{410]}

Die Stellungnahmen der vier Experten sind eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung und verdienen weite Verbreitung!

Israel, Netanjahu und der Auschwitz-Gedenktag von Moshe Zuckermann

[...] Was sich bei den Operationen der IDF im Gazastreifen im letzten Jahr gezeigt hat, ist eine extreme Verrohung der agierenden Kampftruppen, deren Kriegsverbrechen sich in einem Maß häuf(t)en, dass man recht bald von einem Genozid an der Zivilbevölkerung des Gazastreifens zu sprechen begann.

Die Debatte darüber, ob es sich in der Tat um einen Völkermord handelt, bleibe hier unerörtert; der lodernde Nomenklaturstreit lenkt lediglich vom Wesentlichen ab – von der unübersehbaren Barbarisierung des israelischen Armee und ihrer Kriegsaktivität. Es reicht hin, die Akkumulation an Kriegsverbrechen ins Visier zu nehmen, um zu begreifen, dass sich in diesem Krieg etwas entfaltet hat, dass bei weitem über die Person Netanjahus hinausgeht.

Eine Kampfpraxis ist zur Norm geronnen, die eine unfassbare Zahl an toten und verletzten Zivilisten, unter ihnen vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen und eine monströse Verwüstung von Infrastruktur und Zerstörung von zivilen Lebensgrundlagen zur „Selbstverständlichkeit“ hat werden lassen. [...]

Auch die „Rechtfertigung“ der Kriegsverbrechen mit dem an jüdischen Israelis am 7. Oktober verübten Pogrom, hat keine annehmbare Grundlage, wenn man die Berechtigung, die Armee in den Dienst der Befriedigung kollektiver Rache- und Vergeltungsgelüsten zu stellen, abweist. Die Tötung von Kindern durch eine Armee (als „Kollateralschaden“) kann keine „Wiedergutmachung“ für selbst erlittenes Leid bilden. Schon gar nicht, wenn ihre Auswirkung sich zur solch eklatanten Disproportionalität steigert.

Was vor allem auffällt, ist die Lust, der Sadismus und die Schadenfreude der Soldaten am kaum enden wollenden

Gemetzel. Der 7. Oktober verkam zum Freibrief für exzessive Zerstörung und bedenkenlose Auslöschung von Menschenleben. Soldaten auf dem Schlachtfeld sind noch in keinem Krieg Humanitätsapostel gewesen – „Soldaten wohnen auf den Kanonen“ und machen zumeist aus ihren Feinden „Beefsteak Tartar“. Besonders schlimm wird es für die feindliche Zivilbevölkerung, wenn moderne Kampfflugzeuge massiv zum Einsatz kommen. [...]

Das Wenige, was die israelische Bevölkerung vom Grauen der Gaza-Realität erfuhr, wurde (und wird bis zum heutigen Tag) mit erschreckender Gleichgültigkeit als unwahr, als Übertreibung, als perfide Propaganda der anderen Seite abgeschmettert oder leichterding rationalisiert, indem man die Schuld an den Kriegsverbrechen den Gazabewohnern selbst zuschreibt („sie haben angefangen“) bzw. offen bekundet, kein Mitgefühl für sie aufbringen zu können.

Zu lange schon hat die israelische Politik die Singularität von Auschwitz zu heteronemen politischen Zwecken instrumentalisiert. Aus der Shoah lässt sich keine Lehre ziehen, auch nicht das ideologische Postulat der notwendigen „Fluchtstätte für das jüdische Volk“, wie zur Zeit mit höchst suggestiver Evidenz klargeworden sein sollte.[...]

Und eben darin manifestiert sich der entsetzliche Verrat, den Israel (nicht erst jetzt, aber jetzt in selbstgewählter Maßlosigkeit) am Auschwitz-Gedenken verübt hat. Und darin, genau darin liegt die Schrecklichkeit des Symbols, dass der israelische Ministerpräsident an der Zeremonie zum Gedenken an den 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz nicht teilnehmen wird, weil er befürchten muss, als Kriegsverbrecher, der er als Repräsentant Israels ist, festgenommen zu werden.

Quelle: Overton-Magazin – 25.12.2024

Eine neue geopolitische Landkarte entsteht – Das Ende Syriens

von Alastair Crooke

Der Autor ist ein früherer britischer Diplomat. Er ist Begründer des „Conflicts Forums“ in Beirut. Der nachfolgende Beitrag wurde im Original veröffentlicht am 16.12.2024 und stellt eine Momentaufnahme dar. Einige Punkte sind sicherlich spekulativ und diskussionswürdig, auch wegen der noch nicht absehbaren Entwicklungen. Wir betrachten den Beitrag aber in Verbindung mit der Hintergrundanalyse von Jeffrey Sachs in dieser Ausgabe als wichtigen Meinungsbeitrag. Die deutschsprachige Übersetzung erschien am 20.12.2024 bei Seniora.org und wurde von uns leicht gekürzt (Die Redaktion).

Syrien ist in den Abgrund gestürzt – die Dämonen von Al-Qaida, ISIS und die unnachgiebigsten Elemente der Muslimbruderschaft kreisen am Himmel. Es herrscht Chaos, Plünderungen, Angst und eine schreckliche Rachsucht kocht das Blut zum Überkochen. Hinrichtungen auf offener Straße sind an der Tagesordnung.

Vielleicht dachten Hayat Tahrir Al-Sham (HTS) und ihr Anführer Al-Joulani (auf türkische Anweisung hin), sie könnten die Dinge unter Kontrolle bringen. Aber HTS ist ein Sammelbegriff wie Al-Qaida, ISIS und An-Nusra, und seine Fraktionen sind bereits in Fraktionskämpfe verfallen.

Der syrische „Staat“ hat sich mitten in der Nacht aufgelöst; Polizei und Armee sind nach Hause gegangen und haben die Waffendepots für die Shebab offen gelassen, damit diese plündern konnten. Die Gefängnistüren wurden aufgestoßen (oder aufgebrochen). Einige davon waren zweifellos politische Gefangene, viele jedoch nicht. Einige der bösartigsten Insassen streifen nun durch die Straßen.

Israel

Die Israelis haben innerhalb weniger Tage die Verteidigungsinfrastruktur des Staates in mehr als 450 Luftangriffen vollständig zerstört: Raketenabwehr, Hubschrauber und Flugzeuge der syrischen Luftwaffe, die Marine und die Waffenkammern – alles wurde bei der „größten Luftoperation in der Geschichte Israels“ zerstört.

Syrien existiert als geopolitische Ein-

heit nicht mehr. Im Osten erobern kurdische Truppen (mit militärischer Unterstützung der USA) die Öl- und Agrarressourcen des ehemaligen Staates. Erdogans Truppen und seine Stellvertreter versuchen, die kurdische Enklave vollständig zu zerschlagen (obwohl die USA inzwischen eine Art Waffenstillstand vermittelt haben).

Und im Südwesten haben israelische Panzer die Golanhöhen und das dahinterliegende Gebiet bis auf 20 km an Damaskus erobert. 2015 schrieb das Magazin „Economist“: „Schwarzes Gold unter den Golanhöhen: Geologen in Israel glauben, Öl gefunden zu haben – in einem sehr schwierigen Gebiet“. Israelische und amerikanische Ölförderer glauben, an diesem äußerst ungünstigen Standort eine Goldgrube entdeckt zu haben.

Und ein großes Hindernis – Syrien – für die Energieambitionen des Westens hat sich gerade aufgelöst.

Türkei

Der strategische politische Gegenspieler Israels, der Syrien seit 1948 war, ist verschwunden. Und die frühere „Entspannung“ zwischen der sunnitischen Sphäre und dem Iran wurde durch die rüde Intervention der ISIS-Neukonfessionisten und durch den osmanischen Revanchismus, der über amerikanische (und britische) Vermittler mit Israel zusammenarbeitet, zunichte gemacht. Die Türken haben sich nie wirklich mit dem Vertrag von Lausanne aus dem Jahr 1923 abgefunden, mit dem sie das heutige Nordsyrien an den neuen Staat Syrien abgetreten hatten.

Innerhalb weniger Tage wurde Syrien zerstückelt, aufgeteilt und balkanisiert. Warum bombardieren Israel und die Türkei also immer noch? Die Bombardierung begann in dem Moment, als Bashar Al-Assad ging – weil die Türkei und Israel befürchten, dass die heutigen Eroberer sich als kurzlebig erweisen und bald selbst vertrieben werden könnten. Man muss nichts besitzen, um es zu kontrollieren.

Als mächtige Staaten in der Region

werden Israel und die Türkei nicht nur die Kontrolle über Ressourcen ausüben wollen, sondern auch über die lebenswichtigen regionalen Knotenpunkte und Durchgangswege, die Syrien darstellte.

Die Golfstaaten

Es ist jedoch unvermeidlich, dass „Groß-Israel“ irgendwann mit Erdogans osmanischem Revanchismus aneinandergeraten wird. Ebenso wenig wird die saudisch-ägyptisch-emiratische Front das Wiederaufleben der beiden ISIS-Ableger oder der türkisch inspirierten und osmanisierten Muslimbruderschaft begrüßen. Letztere stellt eine unmittelbare Bedrohung für Jordanien dar, das nun an die neue revolutionäre Einheit grenzt.

Solche Bedenken könnten diese Golfstaaten näher an den Iran heranrücken lassen. Katar, das das HTS-Kartell mit Waffen und Finanzmitteln versorgt, könnte von anderen Golfstaaten erneut geächtet werden.

BRICS-Staaten

Die neue geopolitische Landkarte wirft viele direkte Fragen zu Iran, Russland, China und den BRICS-Staaten auf. Russland hat im Nahen Osten eine komplexe Rolle gespielt – einerseits führt es einen eskalierenden Verteidigungskrieg gegen die NATO-Mächte und verwaltet wichtige Energieinteressen, während es gleichzeitig versucht, die Operationen des Widerstands gegen Israel zu mäßigen, um eine völlige Verschlechterung der Beziehungen zu den USA zu verhindern. Moskau hofft – ohne große Überzeugung –, dass irgendwann in der Zukunft ein Dialog mit dem neuen US-Präsidenten zustande kommen könnte.

Russland

Moskau wird wahrscheinlich zu dem Schluss kommen, dass Waffenstillstandsabkommen wie das Abkommen von Astana zur Eindämmung des Dschihadismus innerhalb der Grenzen der autonomen Zone Idlib in Syrien das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben wurden. Die Türkei –

ein Garant von Astana – ist Moskau in den Rücken gefallen. Wahrscheinlich wird dies die russische Führung in Bezug auf die Ukraine und jegliche westliche Gespräche über Waffenstillstände noch härter machen.

Iran

Der oberste Führer des Iran sagte am 11. Dezember:

„Es sollte keinen Zweifel daran geben, dass das, was in Syrien passiert ist, in den Kommandozentralen der Vereinigten Staaten und Israels geplant wurde. Wir haben Beweise dafür. Eines der Nachbarländer Syriens spielte ebenfalls eine Rolle, aber die Hauptplaner sind die USA und das zionistische Regime.“

In diesem Zusammenhang wies Aya-tollah Khamenei Spekulationen über eine Schwächung des Widerstandswillens zurück.

Der Sieg der Türkei in Syrien könnte sich jedoch als Pyrrhussieg erweisen. Erdogans Außenminister Hakan Fidan hat Russland, die Golfstaaten und den Iran über die Art der Pläne, die in Syrien geschmiedet wurden, belogen. Aber das Chaos ist jetzt Erdogans Problem. Diejenigen, die er hintergangen hat, werden ihm irgendwann die Quittung präsentieren.

Der Iran wird anscheinend zu seiner früheren Haltung zurückkehren, die unterschiedlichen Fäden des regionalen Widerstands zusammenzuführen, um die Reinkarnation von Al-Qaida zu bekämpfen. Er wird weder China noch dem BRICS-Projekt den Rücken kehren.

Der Irak – der sich an die ISIS-Gräueltaten seines Bürgerkriegs erinnert – wird sich dem Iran anschließen, ebenso wie der Jemen. Der Iran wird sich bewusst sein, dass die verbleibenden Einheiten der ehemaligen syrischen Armee möglicherweise irgendwann in den Kampf gegen das HTS-Kartell eintreten werden. Maher Al-Assad nahm seine gesamte Panzerdivision in der Nacht von Bashar Al-Assads Abreise mit ins Exil im Irak.

China

China wird über die Ereignisse in Syrien nicht erfreut sein. Die Uiguren spielten eine herausragende Rolle im syrischen Aufstand (es gab schätzungsweise 30.000 Uiguren in Idlib), die von

der Türkei ausgebildet wurden (das die Uiguren als den ursprünglichen Bestandteil der türkischen Nation ansieht). Auch China wird den Sturz Syriens wahrscheinlich als Bestätigung für die mögliche Bedrohung der Sicherheit seiner eigenen Energieversorgung durch den Westen betrachten, die durch den Iran, Saudi-Arabien und den Irak verläuft.

USA

Schließlich kämpfen die westlichen Interessen seit Jahrhunderten um die Ressourcen des Nahen Ostens – und letztlich ist es das, was hinter dem heutigen Krieg steckt.

Die Menschen fragen sich, ob Trump für oder gegen den Krieg ist, da er bereits signalisiert hat, dass die Vorherrschaft im Energiebereich eine Schlüsselstrategie für seine Regierung sein wird.

Nun, die westlichen Länder sind hoch verschuldet; ihr finanzieller Spielraum schrumpft schnell und die Anleihegläubiger beginnen zu meutern. Die Angloamerikaner würden das iranische Öl gerne wieder haben – wie sie es bis in die 1970er Jahre taten –, um es als Sicherheit zu nutzen und ein neues Geldsystem aufzubauen, das an den realen Wert von Rohstoffen gebunden ist.

Aber Trump sagt, er wolle „Kriege beenden“ und nicht anfangen. Macht die Neuzeichnung der geopolitischen Landkarte eine globale Entente zwischen Ost und West wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher?

„Deals“ von Donald Trump?

Trotz aller Gerüchte über mögliche „Deals“ Trumps mit dem Iran und Russland ist es wahrscheinlich noch

zu früh, um zu sagen, ob sie zustande kommen werden – oder können.

Anscheinend muss Trump zuerst den innenpolitischen „Deal“ sichern, bevor er weiß, ob er Spielraum für außenpolitische „Deals“ hat.

Die interinstitutionel-



len Granden bestehen jedoch Berichten zufolge auf ihrem Veto gegen Nominierungen, die die tiefsten Strukturen der Außenpolitik betreffen. Und genau hier liegt der Knackpunkt.

Das Schicksal Natanjahus

Israelis feiern im Allgemeinen ihre „Siege“. Wird diese Euphorie die US-amerikanischen Wirtschaftseliten belasten? Die Hisbollah ist eingedämmt, Syrien ist entmilitarisiert und der Iran liegt nicht an Israels Grenze. Die Bedrohung für Israel ist heute von geringerer Qualität. Reicht dies aus, um die Spannungen abzubauen oder um ein breiteres Verständnis zu erreichen?

Viel wird von den politischen Umständen Netanjahus abhängen. Sollte der Premierminister aus seinem Strafprozess relativ unbeschadet hervorgehen, müsste er dann die große „Wette“ eines Militäreinsatzes gegen den Iran eingehen, wenn sich die geopolitische Landkarte so plötzlich verändert hat?

zeitung gegen den krieg

Nr. 45 Herbst 2019

„Handelsnation“ heißt: zum Krieg bereit

Stoppt den drohenden Iran-Krieg – Keine deutsche Beteiligung an „Mission“ im Persischen Golf

Offenes südeuropäisches Prozess: Ihren Niederschlag in Völkern, die öffentlich kaum wahrgenommen werden. Als 1981 erstmals in einem Bundeswahlkampf wurde die „Juden“ erregte wurde: da war die nur ein Thema für Politiker: Die damalige Bundesregierung eine Sendung: Israel, Iran und anderen: Betreuer der Deutschen Post für die Bundeswahl im Herbst, über 200 den, wo die Bundeswahl zweites im Ausland.

Sharon Burrow / Marlis Tepe	Gewerkschaften für Frieden	Seite 3
Mohsen Massarrat	Drohender Iran-Krieg	Seite 4
Werner Bügner	US-Militär als Klimaa- Umweltwächter	Seite 5
Jürgen Grasslin	Tödliche Wahlenwahl	Seite 6
Ulrich Sander	Jugend und Widerstand	Seite 7
Reiner Braun / Pascal Leig	Stopp Al-Bata-Rainbow	Seite 8



Bild oben: Titelseite des FriedensJournals Nr. 3/2006. Bild unten: ZgK Herbst 2019

Wie die USA und Israel Syrien zerstörten und es Frieden nannten

von Jeffrey Sachs



Zerstörte Panzer vor einer Moschee in Azaz, Syrien -
Quelle: Christian Triebert

Die Einmischung der USA auf Geheiß von Netanjahus rechtsextremer israelischer Regierung hat den Nahen Osten in Schutt und Asche gelegt – mit über einer Million Toten und offenen Kriegen in Libyen, Sudan, Somalia, Libanon, Syrien und Palästina, und mit dem Iran am Rande eines Atomwaffenarsenals.

In den berühmten Zeilen des römischen Geschichtsschreibers Tacitus heißt es:

„Verwüsten, abschlachten, unter falschen Titeln an sich reißen, das nennen sie Reich; und wo sie eine Wüste machen, das nennen sie Frieden.“

In unserem Zeitalter sind es Israel und die USA, die eine Wüste schaffen und sie Frieden nennen.

Die Geschichte ist einfach. Unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts beanspruchen der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seine Minister das Recht, über sieben Millionen palästinensische Araber zu herrschen. Wenn Israels Besetzung palästinensischen Landes zu militantem Widerstand führt, bezeichnet Israel den Widerstand als „Terrorismus“ und fordert die USA auf, die Regierungen im Nahen Osten zu stürzen, die die „Terroristen“ unterstützen. Die USA, die unter dem Einfluss der Israel-Lobby stehen, ziehen im Namen Israels in den Krieg.

Syrien von USA und Israel auf den Zusammenbruch ausgerichtet

Der Umsturz ist der Höhepunkt der is-

raelisch-amerikanischen Kampagne gegen Syrien, die auf das Jahr 1996 zurückgeht, als Netanjahu erstmals sein Amt als Premierminister antrat. Der israelisch-amerikanische Krieg gegen Syrien eskalierte in den Jahren 2011 und 2012, als Barack Obama die CIA im Rahmen der Operation Timber Sycamore verdeckt mit dem Sturz der syrischen Regierung beauftragte. Diese

Bemühungen haben diese Woche endlich „gefruchtet“, nachdem seit 2011 mehr als 300.000 Menschen im syrischen Krieg ums Leben gekommen sind.

Der Sturz Syriens kam schnell, weil mehr als ein Jahrzehnt erdrückender Wirtschaftssanktionen, die Lasten des Krieges, die Beschlagnahmung des syrischen Öls durch die USA, die Prioritäten Russlands in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine und vor allem die Angriffe Israels auf die Hisbollah, die die wichtigste militärische Stütze der syrischen Regierung war. Zweifels- ohne hat Assad seine eigene Rolle oft falsch ausgefüllt und war intern sehr unbeliebt, aber sein Regime war jahrzehntelang von den USA und Israel auf den Zusammenbruch ausgerichtet.

Seit 2011 hat der ständige Krieg zwischen Israel und den USA gegen Syrien, einschließlich der Bombardierung, der Dschihadisten, der Wirtschaftssanktionen, der Beschlagnahmung der syrischen Ölfelder durch die USA und mehr, das syrische Volk ins Elend gestürzt.

Bevor die US-amerikanisch-israelische Kampagne zum Sturz Assads 2011 ernsthaft begann, war Syrien ein funktionierendes, wachsendes Land mit mittlerem Einkommen. Im Januar 2009 äußerte sich das Exekutivdirektorium des IWF wie folgt:

„Die Exekutivdirektoren begrüßten die starke makroökonomische Leistung Syriens in den letzten Jahren, die sich in einem raschen Wachstum des Bruttoin-

landsprodukts (ohne Öl), einem komfortablen Niveau der Währungsreserven und einer niedrigen und rückläufigen Staatsverschuldung manifestierte. Diese Leistung spiegelte sowohl die robuste regionale Nachfrage als auch die Reformbemühungen der Behörden zur Umstellung auf eine stärker marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft wider.“

Israelische Kampagne seit 1996

In den ersten beiden Tagen nach dem Zusammenbruch der Regierung führte Israel rund 480 Angriffe in ganz Syrien durch und zerstörte die syrische Flotte in Latakia vollständig. In Verfolgung seiner expansionistischen Agenda beanspruchte Premierminister Netanjahu unrechtmäßig die Kontrolle über die entmilitarisierte Pufferzone auf den Golanhöhen und erklärte, dass die Golanhöhen „für immer“ Teil des Staates Israel sein werden.

Netanjahus fast drei Jahrzehnte zurückreichendes Bestreben, die Region durch Krieg zu verändern, spielt sich vor unseren Augen ab. In einer Pressekonferenz am 9. Dezember rühmte sich der israelische Premierminister eines „absoluten Sieges“ und rechtfertigte damit den anhaltenden Völkermord in Gaza und die eskalierende Gewalt in der gesamten Region:

„Ich bitte Sie, stellen Sie sich vor, wenn wir denen nachgegeben hätten, die uns immer wieder gesagt haben: ‘Der Krieg muss gestoppt werden’, dann wären wir nicht in Rafah eingedrungen, wir hätten den Philadelphia-Korridor nicht eingenommen, wir hätten Sinwar nicht eliminiert, wir hätten unsere Feinde im Libanon und in der ganzen Welt nicht mit einer gewagten Operationstrategie überrascht, wir hätten Nasrallah nicht eliminiert, wir hätten das unterirdische Netzwerk der Hisbollah nicht zerstört und wir hätten die Schwäche des Iran nicht aufgedeckt. Die Operationen, die wir seit Beginn des Krieges durchgeführt haben, demontieren die Achse Stein für Stein.“

Die lange Geschichte der israelischen Kampagne zum Sturz der syri-

schen Regierung ist nicht allgemein bekannt, doch die dokumentarische Aufzeichnung ist eindeutig. Israels Krieg gegen Syrien begann 1996 mit US-amerikanischen und israelischen Neokonservativen, die für Netanjahu bei seinem Amtsantritt eine „Clean Break“-Strategie für den Nahen Osten entwarfen. Der Kern der „Clean-Break“-Strategie bestand darin, dass Israel (und die USA) „Land für Frieden“ ablehnen sollten, d. h. die Idee, dass Israel sich im Gegenzug für Frieden aus den besetzten palästinensischen Gebieten zurückziehen würde. Stattdessen würde Israel die besetzten palästinensischen Gebiete behalten, das palästinensische Volk in einem Apartheidstaat regieren, den Staat schrittweise ethnisch säubern und den so genannten „Frieden für Frieden“ durch den Sturz von Nachbarregierungen durchsetzen, die sich Israels Landansprüchen widersetzen.

Ein Krieg gegen den Iran steht noch aus

Die lange Geschichte von Israels Kampagne zum Sturz der syrischen Regierung ist – wie gesagt – nicht allgemein bekannt, doch die dokumentarischen Aufzeichnungen sind eindeutig.

In der Clean-Break-Strategie heißt es:

„Unser Anspruch auf das Land, an das wir uns seit 2000 Jahren als Hoffnung klammern, ist legitim und edel. [...] Syrien fordert Israel auf libanesischem Boden heraus. Ein wirksamer Ansatz, mit dem die Amerikaner sympathisieren können, wäre es, wenn Israel die strategische Initiative entlang seiner Nordgrenzen ergreifen würde, indem es die Hisbollah, Syrien und den Iran als die Hauptakteure der Aggression im Libanon angreift.“

In seinem 1996 erschienenen Buch *Fighting Terrorism* legte Netanyahu die neue Strategie dar. Israel würde nicht gegen die Terroristen kämpfen, sondern gegen die Staaten, die die Terroristen unterstützen. Genauer gesagt, würde es die USA dazu bringen, den Kampf für Israel zu übernehmen. Wie er 2001 erläuterte:

„Das erste und wichtigste, was man verstehen muss, ist dies: Es gibt keinen internationalen Terrorismus ohne die Unterstützung souveräner Staaten ... Nimmt man diese staatliche Unterstützung weg, zer-

fällt das gesamte Gerüst des internationalen Terrorismus zu Staub.“

Netanjahus Strategie war in die Außenpolitik der USA integriert. Syrien auszuschalten war immer ein wichtiger Teil des Plans. Dies wurde General Wesley Clark nach 9/11 bestätigt. Bei einem Besuch im Pentagon wurde ihm gesagt, dass

„wir die Regierungen in sieben Ländern innerhalb von fünf Jahren angreifen und zerstören werden – wir werden mit dem Irak beginnen und dann zu Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran übergehen“.

Der Irak wäre der erste, dann Syrien und der Rest. (Netanjahus Kampagne für den Irak-Krieg wird in dem neuen Buch von Dennis Fritz, *Tödlicher Verrat*, ausführlich beschrieben. Die Rolle der Israel-Lobby wird in dem neuen Buch von Ilan Pappé, *Lobbying for Zionism on Both Sides of the Atlantic*, ausführlich beschrieben.) Der Aufstand, mit dem die US-Truppen im Irak konfrontiert wurden, hat den Zeitplan von fünf Jahren zurückgeworfen, aber nichts an der grundlegenden Strategie geändert.

Die USA haben inzwischen Kriege gegen den Irak (Invasion 2003), den Libanon (Finanzierung und Bewaffnung Israels durch die USA), Libyen (NATO-Bombardierung 2011), Syrien (CIA-Operation 2010), den Sudan (Unterstützung von Rebellen zur Spaltung des Sudans 2011) und Somalia (Unterstützung der Invasion Äthiopiens 2006) geführt oder unterstützt. Ein möglicher Krieg der USA mit dem Iran, der von Israel vehement angestrebt wird, steht noch aus.

Dschihadisten als US-Erfüllungshelfen

So seltsam es auch erscheinen mag, die CIA hat wiederholt islamistische Dschihadisten unterstützt, um diese Kriege zu führen, und die Dschihadisten haben gerade das syrische Regime gestürzt. Schließlich hat die CIA durch die Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung der Mudschaheddin in Afghanistan ab den späten 1970er-Jahren dazu beigetragen, Al-Qaida überhaupt erst zu schaffen. Ja, Osama bin Laden wandte sich später gegen die USA, aber seine Bewegung war

dennoch eine Schöpfung der USA. Ironischerweise war es, wie Seymour Hersh bestätigt, Assads Geheimdienst, der

„die USA auf einen bevorstehenden Bombenanschlag der Al-Qaida auf das Hauptquartier der Fünften Flotte der US-Marine aufmerksam machte“.

Bei der Operation Timber Sycamore handelte es sich um ein milliarden-schweres verdecktes CIA-Programm, das von Obama ins Leben gerufen wurde, um Bashar al-Assad zu stürzen. Die CIA finanzierte radikale und extreme islamistische Gruppen, bildete sie aus und lieferte ihnen Informationen. Zu den Bemühungen der CIA gehörte auch eine „Rattenlinie“ für den Transport von Waffen aus Libyen (das 2011 von der NATO angegriffen wurde) zu den Dschihadisten in Syrien. Im Jahr 2014 beschrieb Seymour Hersh die Operation in seinem Artikel *„The Red Line and the Rat Line“*:

„Ein streng geheimer Anhang zu dem Bericht, der nicht veröffentlicht wurde, beschrieb eine geheime Vereinbarung, die Anfang 2012 zwischen der Obama- und der Erdoğan-Administration getroffen wurde. Sie bezog sich auf die Rattenlinie. Gemäß der Vereinbarung kam die Finanzierung aus der Türkei sowie aus Saudi-Arabien und Katar; die CIA war mit Unterstützung des MI6 dafür verantwortlich, Waffen aus Gaddafis Arsenalen nach Syrien zu bringen.“

Kurz nach dem Start von Timber Sycamore, im März 2013, sagte Obama auf einer gemeinsamen Konferenz von Präsident Obama und Premierminister Netanjahu im Weißen Haus:

„In Bezug auf Syrien arbeiten die Vereinigten Staaten weiterhin mit Verbündeten und Freunden sowie der syrischen Opposition zusammen, um das Ende der Herrschaft Assads zu beschleunigen.“

Höchstwahrscheinlich wird Syrien untergehen

Für die zionistische Mentalität der USA und Israels gilt der Ruf eines Gegners nach Verhandlungen als ein Zeichen der Schwäche des Gegners. Diejenigen, die auf der anderen Seite zu Verhandlungen aufrufen, werden in der Regel von Israel oder US-Trup-

pen ermordet. Wir haben dies kürzlich im Libanon erlebt. Der libanesischer Außenminister bestätigte, dass Hassan Nasrallah, der ehemalige Generalsekretär der Hisbollah, wenige Tage vor seiner Ermordung einem Waffenstillstand mit Israel zugestimmt hatte.

Die Bereitschaft der Hisbollah, ein Friedensabkommen zu akzeptieren, das den Wünschen der arabisch-islamischen Welt nach einer Zwei-Staaten-Lösung entspricht, besteht seit langem. Anstatt über die Beendigung des Gaza-Krieges zu verhandeln, ermordete Israel den politischen Führer der Hamas, Ismail Haniyeh, in Teheran.

Für die zionistische Mentalität der USA und Israels gilt der Aufruf eines Gegners zu Verhandlungen als ein Zeichen der Schwäche des Gegners.

Auch in Syrien haben die USA, anstatt eine politische Lösung zuzulassen, den Friedensprozess mehrfach blockiert. Im Jahr 2012 hatten die Vereinten Nationen ein Friedensabkommen in Syrien ausgehandelt, das von den Amerikanern blockiert wurde, die forderten, dass Assad am ersten Tag des Friedensabkommens gehen müsse.

Die USA wollten einen Regimewechsel, keinen Frieden. Im September 2024 sprach Netanjahu vor der Generalver-

sammlung mit einer Karte des Nahen Ostens, die zwischen „Segen“ und „Fluch“ aufgeteilt war, wobei Libanon, Syrien, Irak und Iran Teil von Netanjahus Fluch waren. Der eigentliche Fluch ist Israels Weg des Chaos und des Krieges, der nun auch den Libanon und Syrien erfasst hat, wobei Netanjahu inständig hofft, die USA auch in einen Krieg mit dem Iran hineinanzuziehen.

Die USA und Israel freuen sich, dass sie einen weiteren Gegner Israels und Verteidiger der palästinensischen Sache erfolgreich vernichtet haben, wobei Netanjahu für sich in Anspruch nimmt, „den historischen Prozess in Gang gesetzt zu haben“. Höchstwahrscheinlich wird Syrien nun in einem anhaltenden Krieg zwischen den vielen bewaffneten Protagonisten untergehen, wie es bei den früheren US-israelischen Regimewechsel-Operationen geschehen ist.

Eine Wüste namens Frieden

Kurz gesagt, die amerikanische Einmischung auf Geheiß von Netanjahus Israel hat den Nahen Osten in Trümmer gelegt, mit über einer Million Toten und offenen Kriegen in Libyen, Sudan, Somalia, Libanon, Syrien und Pa-

lästina, und mit dem Iran am Rande eines Atomwaffenarsenals, der gegen seine eigenen Neigungen zu dieser Möglichkeit getrieben wird.

All dies geschieht im Dienste einer zutiefst ungerechten Sache: den Palästinensern ihre politischen Rechte zu verweigern, im Dienste eines zionistischen Extremismus, der sich auf das Buch Josua aus dem 7. vorchristlichen Jahrhundert stützt. Bemerkenswerterweise waren nach diesem Text – auf den sich Israels eigene religiöse Eiferer berufen – die Israeliten nicht einmal die ursprünglichen Bewohner des Landes. Vielmehr, so der Text, weist Gott Josua und seine Krieger an, mehrere Völkermorde zu begehen, um das Land zu erobern.

Vor diesem Hintergrund haben sich die arabisch-islamischen Nationen, ja fast die ganze Welt, immer wieder in der Forderung nach einer Zweistaatenlösung und Frieden zwischen Israel und Palästina geeinigt.

Anstelle der Zweistaatenlösung haben Israel und die USA eine Wüste geschaffen und sie Frieden genannt.

Die deutsche Übersetzung und Veröffentlichung erfolgte am 16.12.2024 im Overton-Magazin.

Syrien in Trümmern – und was die Medien verschweigen – von Karin Leukefeld

Wie während des Krieges seit 2011 erklären auch jetzt wieder westliche und westlich orientierte „Qualitäts-Medien“ der Welt, was in Syrien geschieht. Jahre lang haben sie geschwiegen über die Folgen ausländischer Interventionen, über geheime Bewaffnungs- und Ausbildungsprogramme für die bewaffneten Aufständischen ausländischer Geheimdienste.

Sie schwiegen über die völkerrechtswidrige Besetzung syrischer Rohstoffe und von syrischem Territorium durch ausländische Truppen. Sie schwiegen über die Auswirkungen weitreichender einseitiger wirtschaftlicher Strafmaßnahmen (Sanktionen) der Europäischen Union, mit denen Syrien und seine Regierung „gebeugt“ werden sollte.

Sie schwiegen über die Auswirkungen des einseitig von den USA verhängten „Caesar Gesetzes“, mit dem jede Investition, jeder Handel mit Syrien von den USA kriminalisiert und mit finanziellen Sanktionen bestraft werden konnte.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen, deren Aufhebung von der Mehrheit der Staaten in der UN-Vollversammlung wieder und wieder gefordert und immer wieder von den reichen, westlichen Staaten – auch Deutschland – abge-

lehnt wurden, lasteten sie dem syrischen Präsidenten Bashar al Assad an. [...]

Eine Perspektive für Syrien ist schwer voraussehbar. Es zeichnen sich Kämpfe zwischen den Fraktionen ab. Vor allem gibt es Auseinandersetzungen zwischen den bewaffneten kurdischen Kräften im Norden und Nordosten Syriens und der von der Türkei unterstützten und finanzierten Syrischen Nationalen Armee, in der ehemalige islamistische Anti-Regierungs-Kämpfer zusammengefasst sind.

Die Akteure sind keine politischen syrischen Parteien, die es ja in der eigentlichen Opposition früher durchaus gab. Die Syrer haben es nun mit schwer bewaffneten Kampfverbänden zu tun, die ihre Waffen voraussichtlich so schnell nicht abgeben werden. Es könnte ein Chaos entstehen bei Kämpfen zwischen den Gruppen um Macht und Einfluss.

Es könnte zu religiöser Gewalt gegen andere religiöse und ethnische Gruppen kommen. Ein Beobachter in Damaskus weist darauf hin, dass „die Zerstörung der religiösen Pluralität in Syrien“ vor allem Israel gefalle. Es ebne den Weg zu einem islamischen Gottesstaat. Israel sehe darin eine Art Rechtfertigung für den eigenen religiösen Judenstaat. [...]

Syrien wurde absichtlich zerstört. Weil es sich weigerte, sich den geopolitischen Interessen der USA zu unterwerfen.

Quelle: Globalbridge – 9.12.2024

Der Umsturz in Syrien und seine Folgen

von Joachim Guilliard

Und so wie der Westen den Völkermord unterstützt, unterstützt er jetzt auch von ganzem Herzen den Terrorismus – die vollständige terroristische Besetzung eines kultivierten Staates, Regimewechsel und „Transformation“. Das sind die „guten“, gemäßigten Terroristen, weil sie das zu Ende bringen, was die USA/NATO und andere 2011 begonnen haben, aber nicht zu Ende bringen konnten – und was die CIA in Syrien seit den späten 1940er Jahren versucht hat...

(Jan Oberg, Konfliktforscher und Direktor der „Transnationalen Stiftung für Friedens- und Zukunftsforschung“⁽¹⁾)

Die Machtübernahme dschihadistischer Gruppen in Damaskus besiegelt in Verbindung mit der türkischen, israelischen und US-amerikanischen Besetzung das Ende des letzten säkularen Staates in Westasien und eines souveränen Syrien in den bisherigen Grenzen. Dem geschundenen Land droht nun ein ähnliches Schicksal wie Libyen, der Region weitere Destabilisierung – „das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen“ (Volker Perthes)

Hierzulande wird der Sturz Bashir al Assads breit gefeiert. „Die Syrer“ hätten „sich selbst befreit“, so das verbreitete Narrativ. Es könnte kaum weiter von der Realität entfernt sein. Tatsächlich wurden die bisher noch von der Assad-Regierung kontrollierten Gebiete von zehntausenden Dschihadisten unter Führung der *Hay'at Tahrir al-Sham* (HTS - Organisation zur Befreiung der Levante) erobert, darunter auch einstige Angehörige des „Islamischen Staates“ (IS), Tschetschenen und Uiguren. Mit dabei auch Kämpfer aus der Ukraine, die den Drohnenkrieg forcierten.

Während westliche Medien nur feiernde Menschen in Damaskus präsentierten, sah man in Aufnahmen arabischer Sender auch vorwiegend leere Straßen und verbarrikadierte Geschäfte. Laut UN OCHA (*UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*) sind über 1,1 Millionen Menschen vor den Dschihadisten geflohen.^[3]

Die dschihadistischen Verbände waren in der Provinz Idlib unweit der türkischen Grenze, in die sie sich nach ihren Niederlagen ab 2016 zurückgezogen

hatten, von der Türkei, wie auch vom Westen jahrelang gestärkt und aufgerüstet worden. Sie starteten ihre Offensive mit direkter türkischer Unterstützung und allem Anschein nach auch in Koordination mit Tel Aviv – einen Tag nach dem Waffenstillstand zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah.

Seit Monaten hatte die israelische Luftwaffe zuvor schon Stellungen der syrischen Armee und ihrer Verbündeten bei Aleppo angegriffen, dort, wo die Offensive begann. US-Truppen griffen aus ihren Stützpunkten im Osten mit kurdischer Unterstützung lokale arabische und irakische Milizen an, die die Regierung unterstützen wollten und regelten die Verbindung zum Irak vollständig ab.

Der Sturz Assads als Schlag gegen den Iran

Der für alle Beobachter überraschend schnelle Zusammenbruch der Regierung und Armee sind das Ergebnis eines über 13 Jahre andauernden Bürger- und Stellvertreterkrieges, der von NATO- und Golfstaaten angefeuert wurde, sowie der brutalen Wirtschaftsblockaden der USA und der EU, mit denen das Land stranguliert wurde.

Am Anfang standen zwar im März 2011 Proteste gegen Repression und Korruption, sie waren aber rasch in einen gut vorbereiteten bewaffneten Aufstand überführt worden.

Die Vorbereitungen dazu hatten bereits 2006 begonnen, als die Bush-Administration ihre Strategie komplett neu ausrichtete. Nicht mehr sunnitische Islamisten – von Muslimbrüder bis Al Qaeda – waren nunmehr die Hauptgegner, auch wenn der „war on terror“ weiterging, sondern der durch die Zerstörung des Iraks zur starken Regionalmacht aufgestiegene Iran und dessen Verbündete – zunächst sein wichtigster: Syrien.

Von da an wurden, wie u.a. an Wiki-leaks durchgestochene Dokumente belegen, sunnitische Extremisten mit Unterstützung der arabischen Golfstaaten aufgerüstet.^[4]

Als sich die USA 2010 unter US-Prä-

sident Obama zum Rückzug aus dem Irak gezwungen sahen, hieß es in Washington: Im Moment sei der Ort, wo der Iran „abgeblockt“ werden könne, nicht mehr der Irak, wo der Iran bereits die Oberhand habe, sondern Syrien, „Das Ende des Assad Regime würde aktuell den größten Rückschlag des Irans in der Region bedeuten – ein strategischer Schlag, der das Gleichgewicht in der Region wieder gegen Iran verschieben“ werde, so beispielsweise Obamas Nationaler Sicherheitsberater Tom Donilon.

Propaganda und „False Flag“-Operationen

Wie immer wurde die westliche Intervention mit Kriegspropaganda und der syrischen Seite zugeschriebene Gräueltat begleitet. Nahezu jedem wichtigen Treffen, auf dem Ansätze zur Beendigung des Krieges besprochen werden sollten, ging ein Massaker voraus, das es torpedierte. Militante Regierungsgegner versuchten alles, die NATO zum direkt eingreifen zu bewegen. Manches konnte entlarvt, vieles mit guten Gründen angezweifelt werden. Das Bild der blutrünstigen Diktatur hat sich im Westen dennoch verfestigt und mit Massakern, die, mit großer Wahrscheinlichkeit „false flag“-Aktionen waren, die Wirtschaftsblockaden gegen Syrien ab 2012 gerechtfertigt.^[5]

Nachdem US-Präsident Obama den Einsatz chemischer Waffen zur Roten Linie erklärt hatte, ab der ein direktes Eingreifen der USA unausweichlich wäre, kam es zu ersten Giftgaseinsätzen, für die Damaskus verantwortlich gemacht wurden. Doch konnten investigative Journalisten die Spur teils zur al-Nusra Front zurückverfolgen, teils die syrische Armee durch Analysen der Angriffe als Täter ausgeschlossen werden.

Obama konnte 2012 durch rechtzeitige Aufklärung von russischer Seite und durch die Zustimmung von Damaskus seine chemischen Waffen unter Aufsicht zu vernichten; vom Einsatzbefehl für die US-Luftwaffe abgehalten werden.

2019 enthüllten Inspektoren der Or-

ganisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW, die einen angeblichen Giftgasangriff in Douma untersucht hatten, dass die Organisation einen manipulierten Bericht darüber veröffentlicht hatte. Auch dies stärkte Zweifel an früheren Berichten.

Dem ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber und US-General Wesley Clark waren bekanntlich Ende 2001 – nach Beginn des Angriffs auf Afghanistan – im Pentagon eine Liste vorgelegt worden, auf der weitere sieben Ländern standen, gegen die in den folgenden Jahren Krieg geführt werden sollte. Neben dem Irak waren das auch Libanon, Libyen, Somalia und Sudan, Syrien und der Iran.

Offensichtlich wurde die Liste auch unter Bushs Nachfolger weiter abgearbeitet und am Ende kein Land ausgelassen. Der Iran ist das einzige, das den Angriffen bisher standhielt.

An den syrischen Verhältnissen vor 2011 gab es sicher viel anzuprangern, nicht zuletzt in Bezug auf bürgerliche Menschenrechte. In Bezug auf soziale Menschenrechte stand das Land aber viel besser da als viele andere Länder der Region. Für die überwiegende Mehrheit im Land zählte, dass sie in dem multiethnischen und -religiösen Land einigermaßen in sicheren stabilen Verhältnissen leben und Frauen sich im Land frei und gleichberechtigt bewegen und arbeiten konnten.

Die *„Anerkennung dieser gesellschaftlichen und konfessionellen Vielgestaltigkeit“* sei *„eines der Charaktermerkmale, ja vielleicht ... die Raison d'être gerade des syrischen Staates“* gewesen, so der Politologe Volker Perthes.^[7] Perthes war bis 2020 Direktor der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik und als solcher maßgeblich an dem Projekt *„The Day After“* in Berlin beteiligt, bei der deutsche und US-amerikanischen Experten mit syrischen Regierungsgegnern Pläne für die Umgestaltung Syriens nach dem Sturz Assads diskutierten.

„Stiller Tod“ durch Wirtschaftsblockaden

2011 hatte die Weltbank Syrien noch als fünftstärkste Ökonomie unter den arabischen Staaten eingestuft. Wenige Jahre später lag die Wirtschaft am Boden und wurden die Lebensverhältnisse katastrophal, wie die UN-Berichte belegen.

Nach dem Abflauen der Kämpfe star-

ben die Menschen, so der UN-Sonderberichterstatte für die humanitären Folgen eigenmächtiger Zwangsmaßnahmen Al Jazairy, statt einem gewaltsamen, einen „stillen Tod“. Es fehlt in den bisher von Damaskus kontrollierten Landesteilen seit Jahren an allem, insbesondere an Treibstoff. Doch auf das Öl aus den landeseigenen Quellen, die in dem von den US-Truppen und kurdischen Milizen kontrollierten Gebiet liegen, hat der Rest des Landes keinen Zugriff mehr.

Trotz der gut dokumentierten Not weigerte sich auch die EU ihre eigenmächtigen mörderischen Embargomaßnahmen aufzuheben. Man blockierte weiterhin den Wiederaufbau des Landes und damit auch die Chance von Millionen Syrern auf eine Rückkehr.

Nach dem Sturz Assads wurden sofort Forderungen laut, hier lebende Menschen aus Syrien umgehend zurück zu senden, eventuell großzügig mit 1000 Euro ausgestattet – in ein ausgehungertes ruiniertes Land, in dem das westliche Embargo den Wiederaufbau zerstörter Wohnungen und Infrastruktur bisher blockiert hat.

Dessen Aufhebung wird nun zwar ins Auge gefasst. Die deutsche Regierung und ihre EU-Partner wollen sie aber davon abhängig machen, dass die neuen Machthaber die russischen Militärstützpunkte schließen. Dieses ist ein weiterer Beleg dafür, dass andere Interessen als Demokratie und Menschenrechte hinter den Zwangsmaßnahmen stehen.

Gotteskrieger an der Macht

Abgeschoben werden sollen die vor dem Krieg und Elend Geflüchteten in ein Land, das in weiten Teilen nun von einer islamistischen Organisation kontrolliert wird, die ideologisch den Taliban recht nahestehen.

Die HTS werden im Westen nun als moderate Islamisten präsentiert, obwohl sie hier offiziell noch als Terrororganisation gelten. Die Reden ihres Chef, Abu Mohammad al-Jolani von nationalem Dialog, Toleranz, Respektierung von Minderheiten etc., wirken so als wären ihm westliche PR-Agenturen zur Seite gestellt worden. Al-Jolani, der nun unter seinem echten Namen, Ahmed al-Shara, firmiert, begann seine Karriere jedoch beim iraki-

schen Al Qaeda-Ableger *„Islamischer Staat im Irak“*, gründete im Auftrag dessen Führung die Al Nusra Front. Er hielt aber, als dieser sich zum selbständigen *„Islamischen Staat im Irak und Levante“* (IS und arabisch Daesh) ausweitete, zunächst der Al-Qaeda-Führung die Treue.

2016 löste er sich mit der Gründung von HTS auch förmlich von Al-Qaeda, jedoch mit deren Zustimmung, um als rein syrisch-sunnitische Organisation auftreten zu können.

Die unter dem HTS-Banner vereinten Gruppen sind ähnlich wie die Taliban nationalistische Islamisten. Diese wollen zwar – wie der IS und Al Qaeda – einen islamischen Staat aufbauen, haben aber keine Ambitionen, diesen weltweit auszubreiten und einen „globalen Dschihad“ zu führen.

Da von ihnen somit keine Anschläge im Westen zu befürchten sind, werden sie seit längerem als nützlich eingestuft. 2021 führte der US-Sender PBS bereits ein Interview mit al-Jolani, obwohl Washington auf dessen Kopf 10 Millionen Dollar ausgesetzt hatten. James Jeffrey, Sondergesandter für Syrien unter Trump, nannte *„HTS einen Aktivposten für die Strategie der USA“*.

Berichte über Unterdrückung und Gräueltaten

Wie er und seine Gefolgsleute sich das zukünftige Syrien vorstellen, zeigt eher ein Blick auf die von HTS dominierte *„Syrische Heilsregierung“*, die Idlib auf brutale Weise regiert. Hier herrscht nun die Scharia. Christen haben nur beschränkte Rechte, Alawiten und Drusen gelten als vom Islam abgefallen und werden verfolgt.

Folter ist üblich, Frauen wird eine islamische Kleiderordnung aufgezwungen usw. In Untersuchungsberichten der UNO und der EU wurden schwerste Menschenrechtsverbrechen der HTS dokumentiert, darunter Folter, extralegale Hinrichtungen, sowie die systematische Unterdrückung politischer Gegner und Journalisten.^[8]

Die in Aleppo einrückenden Dschihadisten gaben den Bewohnern gleich einen Vorgeschmack auf die Zukunft: Weihnachtsdekorationen wurden abgerissen, Alkohol verboten und die Verschleierung von Frauen erzwungen.^[9]

Die plötzliche Machtergreifung der Dschihadistischen hat vor allem unter den Minderheiten Syriens – einem Mosaik aus ethnischen und religiösen Gruppen – große Besorgnis ausgelöst. Schließlich waren Alawiten, Christen und andere nicht-sunnitische Gemeinschaften seit 2012 immer wieder Opfer von Angriffen und Gräueltaten der nun unter der HTS-Führung vereinten Milizen geworden.^[10] Tatsächlich mehrten sich auch bald Berichte über Plünderungen und Misshandlungen von Alawiten.

Besonders die Zerstörung eines bedeutenden alawitischen Schreins in Aleppo und die Ermordung dessen fünf Wächter entfachte zornige Massenproteste in Tartus, Latakia, Hama, Homs und weiteren Städten. Sie wurden durch die Ermordung von drei alawitischen Richtern weiter angeheizt.^[11] France 24 berichtet von Lynchmorden an Mitarbeitern der Assad-Regierung und die Iraqi Christian Foundation meldete auf X (Twitter), dass Christen in der alten christlichen Stadt Maaloula bedroht und aufgefordert wurden, die Stadt zu verlassen.^[12]

Auch die Berichte über Kämpfe zwischen HTS und Einheiten der syrischen Armee und anderen gegnerischen Verbänden nehmen zu.^[13] Es wird sich zeigen, wie weit die Dschihadisten ihre Kontrolle durchsetzen können. Im Irak dauerte es zwei, drei Monate bis nach dem Sturz Saddam Husseins der bewaffnete Widerstand die neuen Machthaber unter Druck setzte.

Destabilisierung und gewaltsame Neuordnung

Die Offensive und der Sturz der Regierung war letztlich die Krönung der 2011 begonnenen völkerrechtswidrigen Aggression gegen die Souveränität und territoriale Integrität Syriens durch diverse Mächte mit teils überlappenden, teils auch stark abweichenden Interessen.

Der vorläufig letzte Akt wurde hauptsächlich von der Türkei, den USA und Israel orchestriert, die nun verschiedene Teile des Landes kontrollieren. Einig waren sie sich im Bestreben, eine Regierung zu stürzen, die ihren Interessen seit langem im Wege stand. Israel und den USA ging es zudem um die Schwächung des Irans und seiner libanesischen Verbündeten – auch mit Blick auf

eine direkte militärische Konfrontation.

Für Washington, wie auch seinen westlichen Verbündeten richtete sich der Stellvertreterkrieg in Syrien ab 2015 zudem direkt gegen Russland, indirekt jedoch auch – im Kampf um ihre Vormachtstellung in dieser bedeutenden Region – gegen wirtschaftliche Projekte und den wachsenden Einfluss Chinas.

Türkei, USA und die Kurden

Treibende Kraft hinter dem überraschenden Vorstoß der Dschihadisten war die Türkei, die nicht nur ihre wichtigste Unterstützerin ist, sondern auch mit der von ihr aufgebauten „*Syrisch-Nationalen Armee*“ SNA daran teilnahm. Es wird vermutet, dass Ankara die Offensive vorantrieb, weil Assad sich weigerte, die Beziehungen zur Türkei zu normalisieren, bevor diese die Kontrolle über die von ihr besetzten Gebiete im Norden Syriens aufgeben.

Die türkische Hauptstoßrichtung ging allerdings nicht gen Damaskus, sondern, nach Eroberung Aleppos in Richtung der überwiegend kurdischen, als Rojawa bezeichneten Selbstverwaltungsgebiete. Ein vorrangiges Ziel Ankaras ist die Ausschaltung der als PKK-nah betrachteten „*Partei der Demokratischen Union*“ (PYD) und ihre „*Volksverteidigungseinheiten*“ (YPG), die mit US-Unterstützung den Nordosten des Landes kontrollieren.

Die Türkei steht hier allerdings im direkten Konflikt mit den USA, für die die Kurden bisher die einzige verlässliche Stütze in Syrien gewesen sind. Die überwiegend aus den YPG bestehenden „*Demokratischen Kräfte Syriens*“ hatten sich zusammen mit den US-amerikanischen Besatzungstruppen auch an der Umsturz-Offensive beteiligt, in deren Vorbereitung Washington ebenfalls involviert war.

Sie griffen gleichzeitig ebenfalls Stellungen der syrischen Streitkräfte und deren Verbündeten an, eroberten die bedeutende Wüstenstadt Deir ez-Zor und brachten die Gebiete bis zur irakischen Grenze vollständig unter ihre Kontrolle.

Bald darauf drang die SNA jedoch

unterstützt durch Angriffe der türkischen Luftwaffe im Westen bis zur kurdischen Stadt Manbidsch vor und stoppte erst, als Washington einen Waffenstillstand durchsetzte.

Der scheidende US-Präsident Joe Biden hat den Kurden weiterhin die volle Unterstützung durch die USA zugesichert. Darauf setzen sollten sie aber nicht, denn mit dessen Nachfolger Trump könnte ein Deal für Ankara erreichbar sein, der den USA eine Kontrolle der Region mit weniger US-Truppen und der Türkei als Partner ermöglicht.

Ankara hat durch seine enge Verbindung zu den siegreichen Dschihadisten im Moment den größten Einfluss auf die zukünftige Politik Restsyriens. Damit kann Erdogan seinem Traum von einem neuen Osmanischen Reich näherkommen – zumindest dem Bestreben, die führende Regionalmacht im Nahen Osten zu werden.

Wieweit er trägt wird sich weisen. Sein Bruch der Vereinbarungen mit Russland und Iran im Rahmen des Astana-Prozess, untergräbt jedenfalls nicht nur deren Vertrauen, sondern auch das der übrigen BRICS-Staaten, die der Türkei einen Partnerstatus eingeräumt haben.

Israel

Israel bombardierte schon seit Monaten nahezu täglich syrische Militärbasen, um sowohl die Syrische Armee als auch ihre Verbündeten zu schwächen, insbesondere auch die Versorgung der Hisbollah vom Iran über Irak und Syrien. Offenbar erfolgte hierbei eine gewisse Koordination mit HTS vor und während der Offensive.

Dies ist nicht überraschend, führte Israel schon ab 2013 ein verdecktes Programm zur Bewaffnung und Finanzierung verschiedener Rebellengruppen durch, wie aus einem 2018 erschienenen Artikel im Magazin Foreign Policy hervorgeht.^[14] Der strategische politische Gegenspieler Israels ist verschwunden.

Nach dem Fall von Damaskus begann die israelische Luftwaffe mit über 600 Bomben und Raketenan-

griffen die militärischen Kapazitäten Syriens nahezu vollständig auszuschalten: die Luftwaffe, die Marine, Radaranlagen und die relative starke Luftabwehr. Syrien hat damit auf lange Sicht jegliche Verteidigungsfähigkeit und Souveränität verloren.

Gleichzeitig drangen israelische Bodentruppen in die UN-Pufferzone ein, besetzten die kompletten Golanhöhen, inklusive des strategisch bedeutenden Gipfels des Hermon-Massivs und rückten weiter bis in die Nähe von Damaskus vor. Dabei wurden auch weitere wichtige Gewässer besetzt, wodurch Israel nun über 30% der Wasserversorgung Syriens und 40% der von Jordanien kontrolliert.^[15]



Netanjahu machte auf einer Pressekonferenz auch klar, dass „die Golanhöhen für immer ein untrennbarer Teil des Staates Israel seien“. Damit erfolgte nun ein weiterer Schritt in Richtung Großisrael. Obwohl die UN-Vollversammlung die Besetzung syrischen Bodens erneut verurteilte und es, wie der UN-Sonderberichterstatter für die Förderung der Menschenrechte Ben Saul klarstellte „absolut keine völkerrechtliche Grundlage“ gibt, ein Land „präventiv zu entwaffnen“,^[16] wurde auch der neue völkerrechtswidrige Angriffskrieg Israels gegen ein Nachbarland von der Bundesregierung und der EU mit keiner Silbe verurteilt.

Von der HTS-Führung kamen dazu auch nur leise Proteste und Bitten, die territoriale Integrität Syriens zu achten. Gleichzeitig beteuerten sie, keinen Streit mit Israel zu wollen und versprachen, den Iran und die Hisbollah von syrischem Gebiet fernzuhalten.^[17]

Die Hamas, die den Sieg der Dschihadisten begrüßt hat, wird feststellen müssen, dass die Lage der Palästinenser sich nun noch prekärer darstellt. Für die Zionisten ist der Untergang des einst starken strategischen Gegenspielers ein enormer Erfolg. Für sie hat es nun auch

keine größere Bedeutung mehr, welchen Charakter das neue Regime annimmt und welche Gebiete es im restlichen Syrien kontrolliert.

Israel hat im HTS-kontrollierten Teil Syriens freie Hand, die auch Angriffe auf den Iran erleichtern.

Verlierer: Iran, Russland

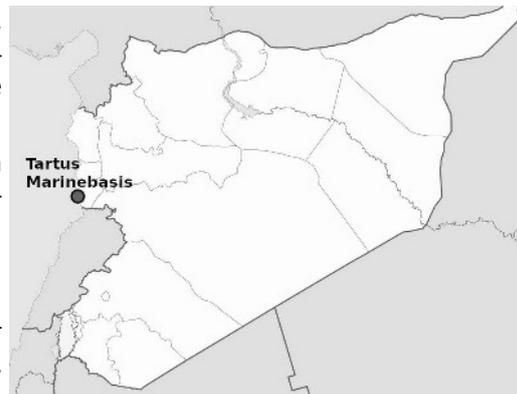
Für den Iran und Russland ist der Sturz von Assad ein großer Verlust. Der Iran hat nun seine Landbrücke zum östlichen Mittelmeer und damit zu seinen Verbündeten im Libanon verloren. Russland war durch den Krieg in der Ukraine zu belastet, um das Maß an Unterstützung aufrechtzuerhalten, das nötig gewesen wäre, um die Offensive so starker Kräfte aufzuhalten. Eventuell sah Moskau mittlerweile die Lage angesichts der Schwäche der syrischen Streitkräfte auch von vorneherein als aussichtslos an. Nun hängt die Zukunft der russischen Militärstützpunkte in Syrien in der Luft.

Russland hat zwar 2015 einen Pachtvertrag über 49 Jahre für sie abgeschlossen. Ob die bisher bekämpften Dschihadisten sich daran halten werden ist zweifelhaft, insbesondere angesichts des Drucks aus dem Westen, der ihre Kündigung zur Voraussetzung für gute Beziehungen zu einer HTS-geführten Regierung machen dürfte. Da ein Verlust des Marinestützpunkts in Syrien Auswirkungen auf seinen Einfluss in Afrika hätte, sondiert Moskau auch bereits Alternativen in anderen arabischen Mittelmeeranrainern.

Fazit

Syrien ist nun in Regionen zersplittert, die von unterschiedlichen Staaten oder bewaffneten Gruppierungen kontrolliert werden. Keiner der dominierenden Mächte hat Interesse, Syrien als starken, stabilen und geeinten Staat wieder auferstehen zu sehen.^[18]

Washington, Ankara und die EU werden sich bemühen, das Kernland zu stabilisieren, vorerst unter Führung einer zur moderaten Kraft stilisierten HTS, sofern diese sich ihren Interessen genügend offen zeigt. Das ist keineswegs sicher, da die meisten in den



Reihen der HTS und ihren Verbündeten wesentlich radikalere Vorstellungen von einem zukünftigen islamischen Syrien haben, als deren Führung aktuell formuliert.

Die Entwicklung und das Machtvakuum in vielen Gegenden wird dem „Islamischen Staat“ Auftrieb geben. Eine Gefahr, die auch dem Irak, angesichts der langen Grenzen zu Syrien, große Sorgen macht. Da Rückzugsgebiete des IS in den von Kurden kontrollierten Gebieten liegen, werden diese zunächst mit ihm zu kämpfen haben, während sie gleichzeitig verschärften Angriffen von türkischer Seite ausgesetzt sein werden.

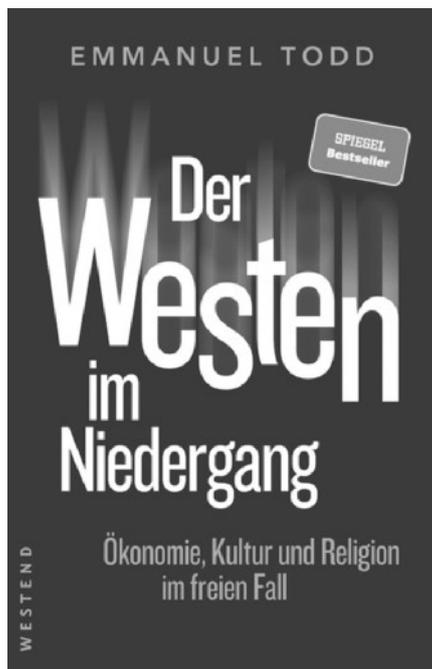
Im Verlauf einiger Monate wird sich auch der Widerstand gegen die Herrschaft der Islamisten, den Verlust der Souveränität und die ausländische Besetzung formieren. Von Befreiung weit entfernt droht den Syrern ein ähnliches Schicksal wie den Libyern.

Für den Libanon, Gaza und das Westjordanland sind die Aussichten durch die triumphalen Erfolge Israels ebenfalls noch trüber geworden und gleichzeitig ist auch ein Krieg gegen den Iran ein großes Stück näher gerückt.

Der Friedensbewegung bleibt vorerst, die Narrative über eine Befreiung zurechtzurücken und die westliche Verantwortung für die katastrophale Situation der syrischen Bevölkerung herauszustreichen. Ungeachtet der Entwicklung der Machtverhältnisse müssen wir für ein Ende der Wirtschaftsblockaden und für umfangreiche Wiederaufbauhilfe eintreten, gleichzeitig selbstverständlich Forderungen zur Remigration hier lebender Syrer entschieden widersprechen.

Der Fall des Westens – beschleunigt durch den Ukrainekrieg

Emmanuel Todd: *Der Westen im Niedergang. Ökonomie, Kultur und Religion im freien Fall. Deutsche Ausgabe: Westend Verlag, 2024, 352 Seiten, 28 Euro*



Im Nachwort zur deutschen Ausgabe betont Emmanuel Todd, dass „die schwindende, ja sogar sich im Rückzug befindende Macht der USA vom Kiewer Regime, dem Geschöpf der USA, das in der amerikanischen Expansionsphase der Jahre 1990 bis 2007 entstanden ist, in eine strategische Falle gelockt wurde“.

Wenn Russland seine Ziele in diesem Krieg erreicht, wäre dies „für die ganze Welt ein Beweis für die Unfähigkeit der USA, ihren ukrainischen Verbündeten zu unterstützen, für ihre industrielle Unfähigkeit, genügend Waffen zu produzieren, und auch für ihre militärische Inkompetenz, da die Gegenoffensive im Sommer 2023 vom Pentagon entworfen worden war“. Es sei „erstaunlich, wie die USA an zwei Fronten – in der Ukraine und in Israel – von radikalisierten Verbündeten, die sie mitgeformt haben, in blutige Kriege hineingezogen werden, die ihren Status als Weltmacht verschlechtern“.

Emmanuel Todd, Jahrgang 1951, Demograph, Ethnologe und Historiker, sagte 1976 das Ende der Sowjetunion voraus. Auf der Grundlage von Analysen der Bevölkerungsentwicklung, Geburten- und Sterberaten, darunter Kindersterblichkeit, Familienstrukturen und Religiosität prognostizierte er auch den Zeitrahmen.

Das machte ihn, nachdem dieses Ende

erreicht war, weithin bekannt. Anfang des neuen Jahrhunderts verfasste er einen „Nachruf“ auf die Weltmacht USA. Die versuchten nach dem Kalten Krieg Weltreich zu werden, hörten aber nicht auf, Nation zu sein.

Das bedeutet, die Kosten für die imperiale Politik, deren Nutznießer US-amerikanische Oligarchen sind, müssen von der Nation, den US-amerikanischen Steuerzahlern getragen werden. Versuche, Tribute der abhängigen Länder heranzuziehen, hielt er für gescheitert.

Insofern ergab die Osterweiterung der NATO keinen Sinn und die USA verloren das Interesse an der NATO. Im Grunde hatte Todd hier eine Politik vorhergesagt, wie sie jetzt Donald Trump betreibt.

Zwanzig Jahre später diagnostiziert er den „Niedergang“ des Westens. Dessen Krise sei „die treibende Kraft der Geschichte“, die wir heute erleben. Zentral ist weiter der Niedergang der USA. Todd argumentiert wieder anhand wirtschaftlicher und demographischer Faktoren.

Der Anteil der USA an der weltweiten Industrieproduktion lag 1945 bei 45 Prozent, heute sind es 17 Prozent. Besonders aussagekräftig ist die Produktion von Werkmaschinenanteilen: Hier betrug 2018 der Anteil Chinas 24,8 %, der deutschsprachigen Länder (Deutschland, Österreich, Schweiz) 21,1 %, Japans 15,6 %, Südkoreas 5,6 %, Taiwans 5,0 % und der USA 6,6 %.

Hinsichtlich Lebenserwartung sind die USA das einzige entwickelte Land mit insgesamt sinkender Lebenserwartung: es waren 78,8 Jahre 2014 und 76,3 Jahre 2021; in Großbritannien waren es 2021 80,7 Jahre, in Deutschland 80,9, Frankreich 82,3 und Japan 84,5 Jahre.

Die Kindersterblichkeitsrate – ein aussagekräftiger Indikator des Zustands einer Gesellschaft – lag 2020 in den USA bei 5,4 je 1000 Lebendgeburten, in Russland 4,4, Großbritannien 3,6, Frankreich 3,5, Deutschland 3,1 und in Japan bei 1,8.

Todd konstatiert im Sinne von Max

Weber und der französischen Annales-Schule einen konstitutiven Zusammenhang von Protestantismus und wirtschaftlichem Aufschwung im Westen. Er alphabetisiert die Bevölkerung, damit sie die Heilige Schrift in der Nationalsprache lesen kann, und schafft damit eine effiziente Arbeitskraft, die die Industrielle Revolution ermöglicht.

Durch die Prädestinationslehre, wonach es Auserwählte und Verdammte gibt, hebt er das Gleichheitsversprechen wieder auf. So war die Ungleichheit der Schwarzen in den USA Voraussetzung für die Gleichheit der Weißen, während die Beseitigung des Rassismus mit fortschreitender Entchristlichung der Gesellschaft auch in den USA korreliert, obwohl dort die Häufigkeit des Kirchganges, der Taufen und der kirchlichen Eheschließungen noch höher ist, als in Europa. Merkmale der Entchristlichung sind darüber hinaus die abnehmende Zahl der Erdbestattungen, die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Ehen und die Transgender-Ideologie.

Das religiöse Vakuum hat einen Verfall der Moral und des kollektiven Handelns der Gesellschaft zur Folge. Das betrifft nicht nur Arbeit und Nation, sondern auch das familiäre und sexuelle Verhalten, die Kunst und das Verhalten zum Geld. Der Nationalstaat löst sich in fragmentierte Gemeinschaften auf. Das „geopolitische Establishment“ wurde eine „Führungsgruppe, die keinerlei intellektuelle oder ideologische Bindungen außerhalb ihrer selbst besitzt“.

Der „perverse Effekt“ ist: Je mehr sich die US-amerikanische Regierung mit Außenpolitik befasst und eine „ambitionierte Weltpolitik“ verfolgt, desto mehr außenpolitische Stellen sind zu besetzen, desto mehr nationales Vermögen wird dafür aufgewendet und um so größer ist der potenzielle Einfluss dieser Gruppe, mit der Neigung, Bedrohungen aufzublasen und Konflikte aufzuheizen.

Der Ukrainekrieg „ist ein echter Krieg und das ukrainische Volk erlebt ein Martyrium“. Die Hauptkonfrontation „zwi-

schen Russland und den USA mit ihren Alliierten (oder Vasallen)“ ist jedoch „in erster Linie eine ökonomische“. Politiker und Medien erklären, dieser Wirtschaftskrieg wäre „weniger gewaltsam [...] als ein eigentlicher Krieg“. Das stimmt schon nicht, wenn er Bevölkerungen hungern lässt.

Hinzu kommt, ein konventioneller Krieg spielt sich zwischen zwei Akteuren ab, während die Wirtschaftssanktionen „die Neutralität der nicht kriegsführenden Nationen aufheben“, das Feld der Operationen wurde auf den ganzen Pla-

neten ausgeweitet. Das geopolitische Washington führt diesen Krieg und die einfachen Menschen auf der ganzen Welt tragen die Kosten.

Am Ende haben die meisten Länder diese Zwangsmaßnahmen nicht befolgt. Zudem hat die „illegale Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte im Ausland [...] im Rest-der-Welt eine Welle des Entsetzens in der Oberschicht“ ausgelöst. Die USA „machten Jagd auf das Geld und die Yachten der russischen Oligarchen und bedrohten so de facto die Güter aller Oligarchen der Welt“. Die

sind nun bestrebt, „sich vom Reich des Dollars zu lösen“. Das wird die geopolitische und weltökonomische Position der USA weiter schwächen. Wer die strategischen Entscheidungen in Washington vorhersehen wolle, solle das „Axiom der Rationalität aufgeben“, im „Dorf Washington [...] ist der erste Impuls ein Drang zur Gewalt.“ So das Resümee vor den Wahlen 2024.

Erhard Crome

(erschieden in der Zeitschrift WeltTrends, No. 203, Winter 2024.)

Neue Bücher



Michael Lüderes: Krieg ohne Ende? - Warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen

Goldmann-Verlag, 22 Eur, 400 Seiten, erschienen am 18.9.2024

Auszug aus der Einleitung des Buches:

Das historische Vermächtnis von Auschwitz, »Nie wieder«, kann nicht ernsthaft darin bestehen, eine falsche und verbrecherische Großisrael-Politik schönzureden oder gar zu fördern. Die Stimme dort zu erheben, wo Unrecht geschieht, insbesondere dann, wenn es epochales Ausmaß erreicht – darin liegt der Wert einer Erinnerungskultur, die diesen Begriff verdient. Umso mehr, als die Lage im Nahen Osten zunehmend außer Kontrolle gerät und der Krieg im Gazastreifen das Potenzial hat, einen Weltenbrand auszulösen: Hier der

Westen, aufseiten Israels, dort Russland und China, aufseiten Irans.

Das vorliegende Buch sucht einen weiten Bogen zu schlagen, vom Gestern ins Heute. Als Autor stehe ich damit gleichwohl vor einem Dilemma. Zwar folge ich weitgehend der historischen Chronologie, doch Immanuel Kant zufolge ist nicht die Wirklichkeit an sich entscheidend, sondern deren Wahrnehmung. Und die ist in Deutschland in Sachen Israel/Palästina geprägt von moralischer Hybris und Realitätsverleugnung, oft genug auch von Philosemitismus, was in letzter Konsequenz auf eine Sakralisierung israelischer Politik hinausläuft.

Es empfiehlt sich daher, in einem ersten Schritt das vorherrschende Bewusstsein auf den Prüfstand zu stellen. Woher kommt diese Überidentifikation mit dem jüdischen Staat? Vordergründig erklärt sie sich mit dem Wunsch nach Absolution für die Verbrechen des Nationalsozialismus, für den Genozid an den Juden.

Doch war dieser Wunsch stets eingebettet in übergeordnete Interessen, die selten offen angesprochen werden. Angefangen mit der Westorientierung der noch jungen Bundesrepublik unter Konrad Adenauer bis hin zum Wirken heutiger Antisemitismusbeauftragter. [...]

Inmitten der zahlreichen politischen und ideologischen Minenfelder nicht die Orientierung zu verlieren halfen mir last, but not least zwei israelische Historiker, vor deren persönlicher Integrität und intellektueller Redlichkeit ich mich verneige: Ilan Pappé und Avi Shlaim.



Karin Leukefeld: Krieg in Nahost - Geopolitik, Verwüstung, Widerstand und Aufbruch einer Region

Buchreihe »WISSEN KOMPAKT« der Zeitschrift Hintergrund – Das Nachrichtenmagazin, ISBN 978-3-910568-15-0, 14,80 Eur

128 Seiten mit zwei Landkarten, Erscheinungsdatum: 6. Januar 2025

„Wer kämpft gegen wen? Und warum? Um diese Fragen zu beantworten, muss man in die Geschichte einer Region zurückblicken, die seit mehr als 100 Jahren nicht zur Ruhe kommt.“

Die Rolle der UNO für eine friedliche Weltordnung

Redaktionelle Zusammenfassung des Referates von Michael von der Schulenburg beim 31. bundesweiten Friedensratschlag (Anne Rieger)

Schulenburg sprach über die Bedeutung der UNO Charta, für eine zukünftige Ordnung zum Weltfrieden, über ihre Anwendung für den Ukraine Krieg und gab eine kurze Einschätzung über zwei EU Resolutionen.

Die UNO Charta sei eine der ganz großen Errungenschaften der Menschheit. Sie beruhe auf dem Prinzip der gewaltfreien Lösung von Konflikten. In den Ländern außerhalb des Westens, wie z.B. in den BRICS Staaten, finde eine Weltordnung, die auf der UNO Charta beruhe, große Anerkennung, während sie im Westen negativ bewertet wird, weil sie nicht oder unzureichend angewendet würde.

Dem Inhalt und dem Willen der Unterzeichnerstaaten nach mache die Charta

„keinen Unterschied mehr zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Krieg ist Krieg und alle 193 Staaten haben sich verpflichtet, diese Kriege so schnell wie möglich zu beenden. Oder viel besser, dass man ihnen vorbeugt“,

so Schulenburg. Die UNO Charta erkenne an, dass es unterschiedliche nationale Interessen gibt, die zu Konflikten führen können, aber

„wir haben uns verpflichtet, solange zu verhandeln, bis wir eine Lösung haben und nicht mehr die Notwendigkeit sehen, dass wir zu Waffen greifen müssen. Und wenn wir mal den Ukrainekrieg sehen, dann werde immer gesagt, Russland ist schuld. Wir sind da mindestens genauso schuld, wenn nicht sogar schuldiger“.

Denn „wir“, sagt er, haben nach der UNO-Charta genauso die Verpflichtung mit Russland über russische Sicherheitsinteressen zu verhandeln.

Er erläutert die Geschehnisse um den April 2022, als sich zwei kriegsführende Staaten Ukraine und Russland innerhalb von einem Monat auf das Grundgerüst eines Friedensvertrages geeinigt hatten

„in dem übrigens die Ukraine keinen Quadratmeter des Territoriums abgegeben hat gegen die Verpflichtung, ein neutraler Staat zu sein“.

Das wurde dann nach einem Sonder-

meeting der NATO von ihr boykottiert.

„Wir haben da auch gegen das Völkerrecht verstoßen und ich würde sogar sagen seit dem April 2022, dass der gesamte Krieg eindeutig unsere Schuld ist, denn wir hätten den Krieg im April 2022 beenden können“.

Er wolle andeuten, wie wichtig es wäre, wenn man sich an die UNO Charta hielte.

„Also ich würde sagen, dass bei 75 % aller Menschen, die danach gestorben sind, ist die NATO schuldig und nicht Russland. Russland hat natürlich auch Krieg geführt, aber wir sind diejenigen, die die Charta verletzt haben, um diesen Krieg zu verlängern, in der Hoffnung, dass wir gegen Russland gewinnen.“

Die Wichtigkeit, nicht zu zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu unterscheiden, bedeute auch, dass es bei Konflikte keinen Unterschied mehr gebe zwischen Angreifer und Verteidiger.

„Ganz wichtig: Wenn wir keinen Krieg haben wollen, spielt es im Grunde gar keine Rolle, wer zuerst angefangen hat und wer nicht angefangen hat: Die Kriegsschuld festzustellen ist ja unheimlich schwierig, wenn man Clarks Buch über die Schlafwandler sieht, dass wir zum Ersten Weltkrieg immer noch nicht wissen, wer eigentlich die Kriegsschuld hat.“

Die heutige Zeitenwende bedeute Ende der Vorherrschaft des Westens, des Weltpolizisten USA, des Unilateralismus. Das genau beinhalte die UNO Charta, denn dort wird gegen jegliche Gewalt und für Verhandeln gesprochen. Deswegen sei die Charta für uns ein wichtiges Dokument und Argument. Bei Unzufriedenheit mit ihr, weil sie nicht entsprechend dem Willen ihrer Initiatoren genutzt wird, hält er entgegen, dass sie auf völliger Freiwilligkeit der Staaten beruhe. Die UNO habe keine Machtinstrumente wie ein Staat, keine Armee, keine Polizei. Alles beruhe auf der Freiwilligkeit der Staaten, und der Generalsekretär habe nur das „Sprechrecht“, also eine

Mehrheit eines Gremiums muss es ihm zugestanden haben. Deswegen sei es wichtig, genau hinzuhören, was er sagt, weil es die Meinung der Mehrheit in dem jeweiligen UNO-Gremium ist.

Die gewaltfreie Konfliktlösung sei heute noch wichtiger als zu Gründungszeiten 1945, denn die Waffentechnologie sei so entwickelt, dass es nur 10 Min. zum Ziel brauche. Und auf die Provokation der einen Seite folge sofort die Gegenprovokation. So bestehe die Gefahr, dass

„ durch ein falsches Knopfrücken wir eine Welt verlieren würden, vielleicht in nur zehn Minuten. Also wir können gar nicht mehr Krieg führen, Deswegen haben wir gar keine Alternative zu einem Weltfrieden.“

Von einem Reporter des Time Magazin nach seiner Meinung zum EU-Parlament gefragt, antwortete er zu den beiden Resolutionen zum Ukrainekrieg und stellte die Brüche zur UNO Charta dar, denn die UNO Charta verlange immer zu verhandeln.

„In beiden Dokumenten wird das Wort Verhandeln, Diplomatie, Gespräche und sowas nicht einmal erwähnt. Und das ist der Kern der UNO Charta. Und trotzdem wird uns jeden Tag erzählt, dass Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt. Völkerrechtswidrig heißt hier eben ein Bruch der UNO Charta und dass angeblich, da wir das Recht aus Artikel 51 auf Selbstverteidigung hätten, für drei Jahre Krieg zu führen. Das Problem ist nur, es gibt 50 Artikel davor und wenn man die liest, dann ist es eben nicht so!“

Das Interessante sei, dass wir im Westen, in den NATO Ländern das Dokument, das einmal aus dem Westen kam, ablehnen und brechen. Hingegen seien die Länder des Südens heute deren Garanten und für eine UNO Charta for the Future.

„Wir müssen mit diesen Ländern zusammenarbeiten. Die sind im Moment für uns eine Organisation, die uns vielleicht den Frieden erhält“.

Globale Entwicklungen, Hochrüstung und Sozialabbau

Redaktionelle Zusammenfassung des Referates von **Sevim Dagdelen** beim 31. bundesweiten Friedensratschlag in Kassel am 1.12.2024 (Karl-Heinz Peil)

Zur internationalen Lage

Dagdelen verweist zunächst auf die Situation mit der abgewählten Biden-Administration, die offenbar im Ukraine-Krieg jetzt aufs Ganze gehe, unterstützt von ihren europäischen Verbündeten. Durch die Freigabe von Langstreckenwaffen an die Ukraine für Angriffsziele in Russland riskiere man nichts weniger als einen Dritten Weltkrieg. Zudem intensiviere man auch die völkerrechtswidrige Regime Change Politik, was aktuell in Georgien und Syrien erfolge.

„Alle Hoffnungen, dass sich mit dem Amtsantritt des neugewählten Präsidenten Donald Trump eine Abkehr von der bereits apokalyptisch anmutenden Eskalationspolitik ergeben würden, könnten sich als trügerisch erweisen. Donald Trump könnte gegenüber Russland den Krieg einfrieren wollen, aber zugleich auf eine weitere Eskalation im Nahen Osten und vor allen Dingen gegenüber China setzen. Fest steht nämlich bereits jetzt, dass er die Wirtschaftskrise hin zu einer Deglobalisierung eskalieren wird.“

USA: Auch mit Trump im Niedergang

Trump habe bereits drastische Zölle angekündigt: Gegenüber Mexiko und Europa mit 10 bis 20 % und gegenüber China um 40 % sowie gegenüber den BRICS-Staaten, die an einer anderen Währung als den Dollar als Leitsystem arbeiteten, um 100 %. Ursache dieser ganzen Eskalationspolitik ist der Niedergang der USA, der aus Sicht von Dagdelen völlig irreversibel sei. Maßgebend hierfür sei gesellschaftliche Krise mit massiver Verarmung und der Vernichtung der Mittelschicht. Die USA versuchten ihren Niedergang aufzuhalten, auch indem sie die Ressourcen ihrer NATO-Verbündeten beanspruchten, die auf den Status reiner Vasallen herabgesunken seien.

Zur Krise der USA verweist Dagdelen auf Zahlen, aus denen ersichtlich sei, wohin sich auch die Verbündeten in Europa bewegen würden.

„Wenn sie so weitermachen, landen wir nämlich genau da, wo die USA gesell-

schaftlich in der Krise sind. Als einziges Industrieland weltweit sank die Lebenserwartung in den USA in den letzten Jahren um ganze zwei Jahre auf 76,3. Zum Vergleich: In Deutschland ist die Lebenserwartung bei 80, in Frankreich bei 82 Jahren. Die Kindersterblichkeit, in den USA - ein Vorbote der Zukunft - hat ein Rekordniveau von 5,4 auf 1000 Geburten, in Deutschland sind das 3,1 und in Russland 4,4.

Ein Rekord ist auch die Kindersterblichkeit im Vergleich zu allen anderen Industrienationen. Einen anderen Weltrekord, den die USA hat, ist die Zahl der Inhaftierten in den Gefängnissen, nämlich 531 Inhaftierte auf 1 Million Einwohner. Im Vergleich dazu hat z.B. Russland 300 Inhaftierte auf 1 Million Einwohner.“

Hinzu komme der Fall des weltweiten Anteils an industrieller Produktion auf 16%, während China mittlerweile 25% erreiche. Dieses gehe einher mit einer Zunahme des extremen Reichtums bei gleichzeitiger Verarmung von ca. 60 % der Bevölkerung und auch des Mittelstandes.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland

Die europäischen Verbündeten stützten diesen Kurs der USA, obwohl sie letztlich selbst betroffen seien. So befindet sich insbesondere die deutsche Wirtschaft in einer schweren Krise, mit wirtschaftlicher Stagnation. Deutschland ist unter den Industrienationen das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum mit Nullwachstum. Und jetzt drohten Massenentlassungen von Arbeitern in vielen Bereichen, während beispielsweise die Profite der Rüstungsindustrien immer mehr Rekorde erringen.

Nicht nur mit dem Wirtschaftskrieg, sondern auch mit einer verfehlten Energiepolitik sei die Deindustrialisierung in Deutschland eingeleitet worden. Im Zuge der freundlichen Begleitung der US-Konfrontationspolitik im Pazifik drohe nun auch das zweite Standbein der internationalen Wett-

bewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zerstört zu werden, indem man sich an der US-Sanktionspolitik gegenüber China beteilige. Das würde dann nichts anderes bedeuten als eine regelrechte Kernschmelze der deutschen Industrie.

„Wir erleben also ganz klar eine Deindustrialisierung, die die gesamte Entwicklung in Deutschland nach 1870 in Frage stellt. Und das gilt auch für das deutsche Sozialstaatsmodell, das jetzt noch stärker unter Druck kommen wird. Man hat damit zu rechnen, wenn man diese Konfrontationspolitik als ein Vasall der USA weiter folgen möchte. Und das wollen sie ja zum größten Teil alle fast schon. Dann droht ein massiver Kahl-schlag, weil auf der einen Seite eben man gedrängt wird aufzurüsten, auf der anderen Seite die Wirtschaftskriege zu machen, die selbstzerstörerisch wie ein Bumerang auf unsere Wirtschaft zu leiten und auf der anderen Seite eben auch noch die Ukraine-Hilfen zu erhöhen.“

Umwelt, Klima, Aufrüstung und Krieg

Richtigerweise werde immer wieder genannt, dass die Aufrüstung klimaschädlich und klimazerstörend wirke. Man solle aber einen anderen Punkt immer mehr in den Mittelpunkt stellen. Dieses sei die Entscheidung, wofür die begrenzten Ressourcen in unserem Land verbraucht würden, d.h. nicht in eine vernünftige Wirtschaftspolitik, nicht in eine vernünftige Energiepolitik, sondern in die Produktion von Rüstungsgütern.

Auch das trage dazu bei, dass Deutschland immer mehr zu einem Militär- und Rüstungsstaat werde. Mittlerweile werde auch in Deutschland – ähnlich wie bereits in Frankreich und Großbritannien - nicht mehr von 2%, sondern 3% Militärausgaben als Zielsetzung gesprochen.

„Toxischer Polit-Mix“

Dagdelen spricht von einem „toxischen Polit-Mix“, der die deutsche Politik beherrsche. Auf der einen Seite

stehe die Waffenhilfe an die Ukraine und die Befürwortung der Eskalation, um die eigene Niederlage in diesem Stellvertreterkrieg nicht zu akzeptieren und auf der anderen Seite die Aufrüstung von zwei auf 3 % des BIP. Hinzu kämen die Waffenlieferungen an Israel.

Die Beibehaltung und Verschärfung des Wirtschaftskrieges gegen Russland und dessen Ausdehnung gegen China sei dabei ein weiterer Punkt.

Dagdelen weist darauf hin, dass eine mögliche Taurus-Lieferung an die Ukraine als direkter Kriegseintritt Deutschlands gesehen werden müsse und dieses gegenüber den Parteien im anstehenden Bundestagswahlkampf auch so thematisiert werden müsse.

Was sind unsere Aufgaben?

Als Aufgaben der Friedensbewegung sieht Dagdelen folgende Punkte:

Man müsse gegen den Wirtschaftskrieg vorgehen, denn dieser sei ja „*letztendlich ein sozialer Krieg gegen die eigene Bevölkerung*“.

Die Kritik an der EU müsse man „nach-

schärfen“, da diese sich einfach nur in den Dienst der USA und der NATO-Eskalationspolitik stelle. Die EU habe sich inzwischen zu einer „Hilfsagentur der US-Administration“ entwickelt.

„Wer Frieden will in der Ukraine, der soll ein Putin-Knecht sein. Wer keine Waffen an die in Teilen rechtsextreme Regierung von Ministerpräsident Netanjahu in Israel liefern will, sei ein Antisemit. Und wer in Syrien die USA und den türkischen Präsidenten Erdogan sagt, dass sie islamistische Verbrecherbanden unterstützen und aufrüsten sei ein Freund Assads. Ich finde, gegen diese Kriegspropaganda muss man unerschrocken aufstehen und sie entlarven als das, was sie ist, nämlich als eine verkappte Kriegspolitik.“

Volksbefragung gegen US-Raketenstationierung!

Zum Widerstand gegen die geplante US-Raketenstationierung verweist Dagdelen auf eine relative Mehrheit von 49 % Ablehnung in ganz Deutschland und in Ostdeutschland sogar 80 %. Niedrigschwellig und für

jeden Bürger völlig nachvollziehbar sei es, eine Volksbefragung einzufordern, unabhängig von den inhaltlichen Debatten.

„Ich glaube, das wird uns auch noch mal nach vorne bringen, weil ich sehe, dass es in der Bevölkerung eine Mehrheit gibt gegen diese Stationierung und all die anderen Parteien. Sie haben immer schöne Worte in ihren Wahlprogrammen, dass sie dafür sind, dass man mehr Beteiligungsrechte der Bevölkerung anruft, mehr direkte Demokratie. Und ich finde, wenn Sie das schreiben in Ihrem Programm, dann können Sie doch mal erklären, ob Sie tatsächlich auch für eine Volksbefragung sind, die eine Konsultativ ist und mit einer einfachen Mehrheit im Bundestag auch organisiert werden kann. Dafür braucht man keine Grundgesetzänderung.“

Dagdelen beruft sich dabei auf ein Gutachten, das vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages erstellt wurde. Neben der Taurus-Debatte müsse dieses ein weiterer Punkt für eine mögliche Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl sein.

Dokumentation des 31. Bundespolitischen Friedensratschlages

Auf der Homepage des Bundesausschusses Friedensratschlages – www.friedensratschlag.de - sind dokumentiert:

Presseberichte

Redaktionelle Zusammenfassungen der Referate

Erhard Crome | Michael von der Schulenburg (siehe Seite 17) | Wieland Hoban | Rolf Gössner | Hans-Jürgen Urban | Sevim Dagdelen (siehe oben)

Schriftliche Beiträge von Referenten anlässlich des Friedensratschlages

Erhard Crome | Michael von der Schulenburg | Rolf Gössner | Boniface Mabanza | Reiner Braun | Jürgen Scheffran | Karl-Heinz Peil | Stefanie Intveen

Berichte und Video-Mitschnitte aus den Workshops

Karin Kulow | Werner Rügemer | Anne Rieger
Abschlusserklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag (siehe Seite 20)

Karikaturen von Felix Winter



Eröffnungsplenum des Friedensratschlages. Foto: Sabine Hebbelmann

Abschlussklärung zum 31. bundesweiten Friedensratschlag

vom Bundesausschuss Friedensratschlag

Der 31. bundesweite Friedensratschlag fand in einer sehr zugespitzten Situation statt, gekennzeichnet durch die Ausweitung des bisherigen Stellvertreterkrieges zwischen der NATO und Russland zu einer direkten militärischen Konfrontation.

Die Gefahr einer Eskalation zu einem Atomkrieg war noch nie so groß wie aktuell. Im völkermörderischen Krieg in Gaza stehen große Teile der Bevölkerung vor dem Hungertod und gleichzeitig drohen die von Deutschland unterstützten israelischen Kriege sich zum Flächenbrand auszuweiten.

Innenpolitisch sind wir mit den verstärkten Bemühungen konfrontiert, die Bundeswehr hochzurüsten wie noch nie und die ganze Gesellschaft auf „Kriegstüchtigkeit“ auszurichten. Dieses erfolgt propagandistisch, wirtschaftlich und durch grundgesetzwidrige Maßnahmen gegen jegliche friedenspolitische Opposition.

Die NATO verschärft die Hochtüftung auf Kosten aller Bereiche der Daseinsvorsorge, fördert damit den Sozialabbau und verhindert die Einhaltung der Klimaschutz-Ziele der UNO.

Die Friedensbewegung hat dagegen einen notwendigen Widerstand eingeleitet, mit der Großdemonstration in Berlin am 3.10.2024, der Unterschriftensammlung für den Berliner Appell, der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ und anderen Initiativen, den wir weiter verstärken wollen.

Die Aktivitäten richten sich hauptsächlich gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen ab 2026, die Deutschland sowohl zum Ausgangspunkt eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges als auch zur Zielscheibe eines nuklearen Gegenschlages machen würden und fordern eine neue Ära der Entspannungspolitik ein.

Die verschärfte Gefahr einer nuklearen Eskalation zwischen NATO und Russland geht einher mit dem seit Jahren abzeichnenden Niedergang der von den USA dominierten Weltordnung, der sich im zurückliegenden Jahr noch beschleunigt hat.

Die neue Stärke des globalen Südens zeigt sich vor allem in dem selbstbewussten Auftreten der BRICS gegenüber den G7-Staaten: BRICS tritt ein für die Einhaltung des Völkerrechts, Stärkung der UNO und friedliche Beilegung von Konflikten.

Das gibt Hoffnung, dass sich eine Friedenspolitik entwickelt, die auf umfassender Kooperation und internationaler Zusammenarbeit beruht, statt auf Eskalation von Kriegsführung, Kriegsdrohungen und Wirtschaftskriegen.

Auf dem mit mehr als 450 Teilnehmenden bisher größten Friedensratschlag wurden die global relevanten Konfliktherde mit den daraus sich ergebenden Herausforderungen für die Friedensbewegung analysiert. In Workshops am zweiten Tag des Rat-

schlags ging es vor allem um Informationen und Erfahrungsaustausch zu vorhandenen, geplanten und prinzipiell machbaren Aktivitäten.

Themenfelder waren dabei, neben dem Engagement gegen die von Deutschland mit Waffenlieferungen befeuerten Kriege in der Ukraine und Palästina, die gewerkschaftliche Friedensarbeit, der jugendliche Widerstand im Bildungssystem gegen Wehrpflicht und Militarisierung, Aktionen an Militärstandorten, Kampf gegen rechts und neue Bündiskonstellationen.

Die Beteiligten waren sich einig, dass die Verhinderung der Mittelstreckenwaffen und der Kampf für Abrüstung eine zentrale gemeinsame Herausforderung der Friedensbewegung ist. Die friedenspolitische Terminplanung der kommenden Monate wird stark durch die Bemühungen geprägt sein, die Friedensthemen in den Bundestagswahlkampf einzubringen.

Mittel werden u.a. der Berliner Appell gegen die geplante Raketenstationierung und Aktionen zur Münchner Sicherheitskonferenz sein, die noch vor den Bundestagswahlen stattfinden.

Der informelle Austausch am Ratschlag, bei dem auch auf zahlreiche regionale und lokale Aktivitäten verwiesen wurde, führte zu der optimistischen Grundstimmung, dass mit einer stärkeren Mobilisierung zu rechnen ist.



Gruppenfoto der TeilnehmerInnen des Workshops „Gewerkschaften und Friedensbewegung“ beim 31. Friedensratschlag. Ein Bericht darüber findet sich auf der Homepage <https://friedensratschlag.de>

Titelfoto mit Netanjahu bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 22.9.2023:

<https://static.timesofisrael.com/>

Foto mit Erdogan: Wikipedia

Völkermord und Völkerrecht

Seite 3 bis 5

Fußnoten mit Verlinkungen:

[1] Pressemeldung auf der Internetseite des Uno-Koordinationsausschusses

<https://www.geneve-int.ch/de/inter-agency-standing-committee-iasc-1> <https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-bevoelkerung-nord-gazas-ist-uno-angaben-zufolge-vom-tode-bedroht-a-23e8fc7c-a4d4-4633-ba19-ee8f9c5702e8>

[2] Jakob Reimann, 26. 10. 2024, junge Welt: „Internierungslager für Gaza, Israelische Regierung prüft Pläne, ummauerte Areale in Küstenenklave einzurichten und US-Söldnerfirma zur Kontrolle anzuheuern“, <https://www.jungewelt.de/artikel/486535.gazakrieg-internierungslager-f%C3%BCr-gaza.html>

[3] <https://thecradle.co/articles/israel-sets-in-motion-plan-for-gaza-concentration-camps-run-by-cia-trained-mercenaries-report>

[4] www.palestinemission.at , 29. Oktober 2024

[5] junge Welt vom 10. Oktober 2024, Jakob Reimann: „Ein Jahr Kriegsverbrechen“, <https://www.jungewelt.de/artikel/485458.nahostkonflikt-ein-jahr-kriegsverbrechen.html>

[6] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. November 2024, Matthias Wyssuwa, Marlene Grunert: „Die deutsche Außenpolitik ringt um den richtigen Umgang“

[7] www.palestinemission.at , 26. November 2024

[8] Evelyn Hecht-Galinski: „Schamlose deutsche Mittäterschaft – Von Kopf bis Fuß auf Krieg eingestellt“, <https://www.sicht-vom-hochblauen.de/kommentar-vom-hochblauen-schamlose-deutsche-mittaeterschaft-von-kopf-bis-fuss-auf-krieg-eingestellt-von-evelyn-hecht-galinski/>

[9] <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-voelkermord-amnesty-international-100.html>

28. November 2024,

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2024-12/Amnesty-Bericht-Gaza-Genozid-Voelkermord-Palaestinenser-innen-Israel-Dezember-2024.pdf>

[10] Bundespressekonferenz vom 29.11.2024: „Die Haftbefehle des IstGH und Deutschlands Rolle“, Eingangsstatement von Prof. Dr. Christine Binzel, Professorin für VWL: Wirtschaft und Gesellschaft des Nahen Ostens, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Israel, Netanjahu und der Auschwitz-Gedenktag

Seite 5 (Moshe Zuckermann)

Quelle: <https://overton-magazin.de/top-story/israel-netanjahu-und-der-auschwitz-gedenktag/>

Eine neue geopolitische Landkarte entsteht – Das Ende Syriens

Seite 6 und 7

Quelle: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/politik/alastair-crooke-eine-neue-geopolitische-landkarte-entsteht-das-ende-syriens-und-vorerst-auch-von-palaestina>

Wie die USA und Israel Syrien zerstörten und es Frieden nannten

Seite 8 bis 10

Quelle: <https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/wie-die-usa-und-israel-syrien-zerstoerten-und-es-frieden-nannten/>

Syrien-Foto Seite 8:

<https://www.flickr.com/photos/christiaantrieberr/795555121>

Syrien in Trümmern – und was die Medien verschweigen

Seite 10

Quelle: <https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/wie-die-usa-und-israel-syrien-zerstoerten-und-es-frieden-nannten/>

Der Umsturz in Syrien und seine Folgen

Seite 11 bis 14

Fußnoten mit Verlinkungen

[1] [TFF PressInfo # 760](https://www.tff-pressinfo.de/760), 09.12.2024

[2] [Syria Poll \(March 2018\)](https://www.orb-international.org/syria-poll-march-2018), ORB International, 1.3.2018, [New ORB Poll: 52% Syrians believe Assad Regime will win the war](https://www.orb-international.org/new-orb-poll-52-percent-syrians-believe-assad-regime-will-win-the-war)

[3] [Syria Flash Update No. 5 - Recent Developments in Syria](https://www.unocha.org/syria), UNOCHA, 12.12.2024

[4] Joachim Guilliard, [Der schwankende Hegemon – die US-Politik in der Golfregion](https://www.matinbaraki.com/der-schwankende-hegemon-die-us-politik-in-der-golfregion), in Matin Baraki und Fritz Edlinger (Hg.) „Krise am Golf“ – Hintergründe, Analysen, Berichte

[5] Ausführlich in Tim Anderson, [The Dirty War on Syria](https://www.globalresearchpublishers.com), Global Research Publishers, Juni 2016

[6] Joe Biden Is the Only Honest Man in Washington. In: [Foreign Policy](https://www.foreignpolicy.com), 07.10.2014.

[7] [Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen](https://www.suhrkamp.de), Suhrkamp Verlag, Berlin 2015

[8] [Umwälzungen in Syrien \(II\)](https://www.german-foreign-policy.com), german-foreign-policy, 11.12.2024

[Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic \(A/HRC/46/54\)](https://www.unhcr.org), Human Rights Council, 21.01.2021, [Country Guidance: Syria](https://www.euaa.eu), European Union Agency for Asylum (EUAA), April 2024

- [9] Craig Murray, [Nahöstlicher Pluralismus am Ende](#) – Der Jubel von Exilsyrern und Bürgern westlicher Staaten über den Sturz Assads übertönt die Warnungen vor einer neuen Epoche der Intoleranz in der Region, Manova, 18.2.2024,
- [10] [Lage in Syrien: Furcht vor Völkermord – Aleviten wegen Heiligtum in Aufruhr](#), Frankfurter Rundschau, 27.12.2024
- [11] [Mass protests against jihadist HTS rule in Syria](#), World Socialist Web Site, 27.12.2024
- [12] [Fears mount for Syria's minorities as video emerges showing rebel fighters executing suspects](#), France 24 Observers, 13.12.2024
- [13] s. z.B. [Amid Alawite tensions, Syria's new rulers launch security operation](#), Al-Monitor, 26.12.2024, Tim Anderson, [The Syrian nation is occupied](#), Al Mayadeen, 27.12.2024
- [14] [Inside Israel's Secret Program to Back Syrian Rebels](#), Foreign Policy, 6.09.2018
- [15] [Israel threatens residents of south Syria as troops expand occupation](#), The Cradle, 22.12.2024
- [16] Jens Berger, [Staatsräson schlägt Völkerrecht](#), NachDenkSeiten , 12.2.2024
- [17] Jonathan Cook, [Israel, Not the 'Liberators,' Will Decide Syria's Fate](#), Consortium News, 21.12.2024
- [18] [Jonathan Cook Israel, Not the 'Liberators,' Will Decide Syria's Fate](#), Consortium News, 21.12.2024

Zur Vorgeschichte, Dokumentation der IPPNW:
[Der Syrienkrieg: Dimension – Hintergründe – Perspektiven](#), Dez. 2018

Seite 16: Neue Bücher

Michael Lüders: PDF-Leseprobe unter <https://www.penguin.de/content/edition/excerpts/1100705.pdf>

Karin Leukefeld:

<https://www.hintergrund.de/hintergrund-buchreihe-wissen-kompakt/>